

Rußland auf der Suche nach seiner politischen Identität: Visionen und Wirklichkeiten

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (1997). *Rußland auf der Suche nach seiner politischen Identität: Visionen und Wirklichkeiten*. (Berichte / BIOst, 33-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43102>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Einleitung	7
Auf der Suche nach der "Idee für Rußland"	7
Patriotischer Konsens.....	9
Die politischen Konsequenzen des patriotischen Konsenses.....	18
Rhetorik und Realität	24
Die russische Idee und die Zukunft Rußlands.....	29
Summary	33

10. Juli 1997

Gerhard Simon

Rußland auf der Suche nach seiner politischen Identität

Visionen und Wirklichkeiten

Bericht des BIOst Nr. 33/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Ist der 1991 entstandene russische Staat eine verkleinerte Sowjetunion bzw. ein stark reduziertes Rußländisches Reich aus der Zeit vor 1917? Oder aber ist dieses Rußland etwas Neues, mit grundsätzlich anderem Selbstverständnis, veränderten Staatszielen, ein Staat, der eine neue Rolle in der internationalen Politik spielt? Im Lande selbst überwiegen das Denken und Fühlen in den Kategorien der Kontinuität. Die internationale Staatengemeinschaft unterstützt dies Selbstverständnis. Der objektive Befund, daß die Rußländische Föderation machtpolitisch, ökonomisch und militärisch keine Supermacht ist, wird gewissermaßen subjektiv aufgefangen durch die Vorstellung, daß dies Land der Bewahrer und Fortsetzer einer tausendjährigen Geschichte seit der Zeit des Kiewer Staates ist. Der Bruch von 1991 wird überspielt. Dieser Bericht untersucht die Probleme der politischen Identität, d.h. das Selbstverständnis von Staat und Nation. Wie sieht sich Rußland im Kontinuum seiner Geschichte und welche Zukunftsperspektiven ergeben sich daraus? Die Untersuchung stellt insbesondere die Frage, ob und in welcher Weise Kontinuität ein Hindernis für den Durchbruch zur Realität ist.

Ergebnisse

1. Rußland ist ein Staat ohne Staatsidee, oder – wie es im Land selbst in Anlehnung an Denkmuster aus kommunistischer Zeit formuliert wird – auf der Suche nach einer "neuen staatlichen Ideologie". Reformer und Bewahrer, Demokraten und Kommunisten stimmen darin überein, daß Rußland in seinem Selbstverständnis tief verunsichert ist und daß Schlagworte wie Demokratie und Marktwirtschaft nicht ausreichen, um Wege und Ziele für die Zukunft zu bestimmen. Jelzin hat nach seiner Wiederwahl im Sommer 1996 dazu aufgefordert, eine gesamtstaatliche Ideologie auszuarbeiten, "die die Nation zusammenschweißt".
2. Der öffentliche Diskurs und besonders Wahlkämpfe in Rußland haben häufig den Eindruck erweckt, die Gesellschaft sei gespalten in Reformer und Reaktionäre, in Rote und Weiße. Tatsächlich jedoch hat sich seit 1992 in wesentlichen Fragen ein Konsens herausgebildet, der die großen politischen Lager eint. Dabei ist die "Partei der Macht" um Jelzin und Tschernomyrdin den Kommunisten und nationalradikalen Kräften durch Annäherung entgegengekommen, die ihrerseits weitgehend vom politischen Ziel der Wiederherstellung der Sowjetunion und der kommunisten Ordnung abgerückt sind.

Der entstandene patriotische Konsens geht davon aus, daß Rußland zwar gegenwärtig eine Schwächeperiode durchlebt, aber wieder zu seiner von der Geschichte bestimmten Rolle einer Groß- und Weltmacht zurückkehren wird. Dabei gelten die geopolitischen Determinanten, vor allem die Größe des Raumes und die natürlichen Reichtümer des Landes, als Unterpfand für den Wiederaufstieg. Vor diesem Hintergrund betrachtet der patriotische Konsens die Auflösung der UdSSR als Unglück oder Unfall der Geschichte, wenn nicht – wie manche Kommunisten und Nationalradikale – als Verrat am Vaterland. Der Untergang der Sowjetunion wird nicht als Chance für einen Neuanfang gesehen, sondern als Verlust, dessen Folgen nach Möglichkeit begrenzt werden sollen. Deshalb tritt der patriotische Konsens für eine politische, ökonomische und sicherheitspolitische Reintegration des post-sowjetischen Raumes unter russischer Führung ein, die zu einer neuen Konföderation oder Föderation der Staaten der GUS führen soll.

3. Rußland ist eine eigenständige Zivilisation, argumentiert der patriotische Konsens, die zwar an Europa teilhat, aber nicht im Westen aufgehen kann und wird. Rußland kommt aus anderen historischen Traditionen und muß deshalb auch seinen besonderen Weg in die Zukunft gehen. Es kann weder das Gefüge der politischen Institutionen noch alle Prinzipien der Marktwirtschaft aus dem Westen übernehmen, weil sie im Widerspruch zur eigenen politischen Kultur stehen, die geprägt ist durch ein starkes Zentrum der Macht, einen patriarchalischen Staat und die Unterordnung der Institutionen unter die Personen. Die Distanz zum Westen verbindet sich wie im 19. Jahrhundert mit einem Bewußtsein der Überlegenheit. Rußland wird, so heißt es, hinsichtlich der neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Konsumbegrenzung, abnehmende natürliche Ressourcen, ökologische Neuorientierung – dem Westen den Weg weisen.

Rußland sucht keine Integration in die euro-atlantischen Strukturen, weil der patriotische Konsens darin die Gefahr sieht, das Land könnte von der "einen" westlichen Welt absorbiert werden. Rußland betrachtet sich vielmehr als Kern einer eigenen Integrationszone im euro-asiatischen Raum.

4. Der patriotische Konsens strebt keine Wiederherstellung der Sowjetunion oder der kommunistischen Herrschaftsordnung an. Zentrale Bestandteile des Leninismus – wie Revolution und Atheismus – werden auch von den Kommunisten verworfen. Dagegen gibt es einen breiten Konsens in der Gesellschaft darüber, daß politische Freiheitsrechte, Medienfreiheit oder Reisemöglichkeiten ins Ausland unverzichtbar sind. Vor allem das Streben nach mehr Lebenskomfort ist allgemein akzeptiert. Das Verständnis von Rechtsstaatlichkeit reduziert sich allerdings weitgehend auf die Forderung nach Bekämpfung der Kriminalität und nach Herstellung von Ordnung mit beliebigen Mitteln. Zwar findet Groß- und Weltmachtrhetorik viel Anklang, aber die Menschen sind nicht bereit, materielle Opfer für imperiale Ziele zu bringen. Insofern setzt der Wertewandel einer revisionistischen Politik Schranken.
5. Der patriotische Konsens hat innenpolitisch beruhigend und konsolidierend gewirkt, in der Außenpolitik jedoch latent oder akut Konflikte geschürt und insgesamt dem Ansehen Rußlands geschadet. Die erstaunliche Stabilität an der Spitze des Staates ist u.a. dem patrioti-

schen Konsens zu verdanken. Andererseits kamen unter der Regierung Tschernomyrdin, die Züge einer de facto großen Koalition trägt, die Reformanstrengungen zum Stillstand. Das Kontinuitätsbedürfnis hat den Handlungsdruck reduziert. Ob es nach der Regierungs-umbildung im Frühjahr 1997 zu einem neuen Reformschub kommt, muß die Zukunft zeigen. Symptomatisch für die politische Mentalität war die Amnestie der Duma für die ein-sitzenden Putschisten vom August 1991 und September/Okttober 1993, ohne daß es zu ab-geschlossenen Gerichtsverfahren gekommen war. Die Vorstellung, daß ehemals führende Funktionäre und Geheimdienstmitarbeiter nicht leitende Positionen in einem demokrati-schen Rußland einnehmen sollten, existiert nicht einmal in Ansätzen.

6. Manche konkreten außenpolitischen Konflikte sind zu Katalysatoren des neuen Patriotis-mus geworden und haben damit eine Bedeutung erlangt, die ihnen von der Sache her nicht zukommt. Dazu gehören die Auseinandersetzungen um die sogenannte Beutekunst, die NATO-Osterweiterung und der Konflikt um die Stadt Sewastopol. In kaum einer anderen Frage haben beide Kammern des Parlaments über Jahre hin eine derartige Einmütigkeit gezeigt, wie in der Frage der (Nicht)rückgabe von Kulturgütern, die im Zuge des Zweiten Weltkrieges in die UdSSR verbracht worden waren. Ihre Rückführung ist in absehbarer Zukunft höchst unwahrscheinlich, weil der patriotische Konsens dies nicht zuläßt.

Der Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung hat die politische Klasse geeint wie kaum je zuvor. Der Gegenstand war deshalb besonders geeignet, weil man sich gegen ei-nen ehemaligen, jetzt aber ungefährlichen Gegner solidarisierte, der auf die Njet-Rhetorik nicht mit gleicher Münze heimzahlte, sondern im Gegenteil mit Angeboten zur Kooperati-on reagierte. Die Kampagne "Sewastopol gehört zu Rußland" erreichte um die Jahreswen-de 1996/97 einen vorläufigen Höhepunkt und einte die politische Klasse und breite Schich-ten des "Volkes". Der Konflikt muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Unab-hängigkeit der Ukraine bis heute weithin nicht als dauerhaft und endgültig akzeptiert wird. In beiden Fällen – NATO-Erweiterung und Konflikt um Sewastopol – hat die politische Rhetorik dem Ansehen und Einfluß Rußlands in Ostmitteleuropa und in den Staaten der GUS erheblichen Schaden zugefügt.

7. Realpolitik und politische Rhetorik haben sich in zentralen Fragen weit voneinander ent-fernt. Der Grund liegt darin, daß der neue Patriotismus vielfach Positionen bezogen hat, die wirklichkeitsfremd sind. Während der patriotische Konsens wünscht und erwartet, daß die Reintegration auf dem Territorium der früheren UdSSR fortschreitet, entwickeln sich die Staaten tatsächlich weiter auseinander. Sowohl in der Frage der NATO-Erweiterung wie im Konflikt um Sewastopol tritt der Patriotismus für illusionäre Ziele ein.

Aber die praktische Politik hat in der ersten Jahreshälfte 1997 in wichtigen Feldern eine pragmatische Wende vollzogen. Mit der NATO wurde – entgegen früheren Versiche-rungen, Kompensationen kämen nicht in Frage – die Grundakte abgeschlossen und mit der Ukraine der jahrelang verschleppte Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Auch im Verhält-nis zu Belarus setzten sich die Pragmatiker gegen die Rhetoriker durch: Statt der staatli-chen Vereinigung wurde ein Staatenbund geschlossen. In all diesen Fällen mußte sich die Realpolitik gegen die patriotischen Visionen Durchbruch verschaffen.

8. Die Krise der politischen Identität ist bis heute nicht gelöst, weil sich der patriotische Konsens als unfähig erwiesen hat, Ansprüche und Wünsche mit der Realität zu versöhnen und eine Vision für die Zukunft zu entwerfen, die im Grundsatz real ist, wie der Wunsch der Ostmitteleuropäer nach Integration in die euro-atlantischen Strukturen.

Die neue russische Idee, die sich intellektuell aus dem slawophilen Gedankengut des 19. Jahrhunderts speist und machtpolitisch die Kontinuität mit der kommunistischen Sowjetunion betont, ist eine Barriere für den Aufbau einer modernen, offenen und demokratischen Gesellschaft. Die russische Idee idealisiert die Einheit in der Gemeinschaft, betrachtet den einzelnen zuerst als Teil dieser Gemeinschaft, verachtet Interessen und Konflikte, formalisierte Prozeduren und gleiche Spielregeln für alle; sie sieht im Liberalismus eine Bedrohung für die Einheitlichkeit. Deshalb ist die Frage nach der Zukunft weiter offen. Vielleicht bewegt sich Rußland auf Umwegen in Richtung auf eine liberale Demokratie und offene Gesellschaft. Es kann aber auch auf dem Weg einer autoritären Präsidialherrschaft mit aggressiven Zügen nach außen voranschreiten, so daß dieses Rußland für den Westen nicht integrierbar, selbst aber auch nicht in Lage ist, den postsowjetischen Raum neu zu integrieren.

Einleitung

Mit der Sowjetunion und dem "Ostblock" ist zum ersten Mal eine Groß- und Weltmacht ohne Krieg zusammengebrochen, die sich nicht nur für eine moderne Industriemacht hielt, sondern für die Avantgarde der Geschichte. In einer einzigartigen Verbindung von russischer messianischer Tradition des 19. Jahrhunderts und revolutionärem Weltverbesserertum legitimierte die KPdSU ihre Herrschaft mit dem Anspruch, die Zukunft zu kennen, in der sich der sowjetische Sozialismus im Weltmaßstab durchsetzen würde. Nach außen hin wurde in der UdSSR bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre die Vorstellung aufrechterhalten, das Gleichgewicht der Kräfte verschiebe sich immer mehr zugunsten des sozialistischen Lagers, die westlich-kapitalistische Welt würde stetig schwächer.

Bedenkt man diesen Hintergrund, so wird die historische Wende von 1989 bis 1991 in ihrer Unfaßbarkeit deutlich. Zwar hatte die Ideologie der Weltrevolution seit langem aufgehört, die Menschen zu überzeugen und die Politik zu lenken, aber geblieben war das Bewußtsein, daß die Sowjetunion eine der beiden Supermächte war und daß ohne sie nichts Entscheidendes auf dieser Erde geregelt werden konnte. Insofern ist objektiv und subjektiv eine Welt zusammengebrochen. Der objektive Sachverhalt lautet: In der Rußländischen Föderation von heute leben nur halb so viele Menschen wie in der Sowjetunion, auch das ökonomische Potential hat sich beinahe halbiert. Gegenwärtig beträgt die Wirtschaftsleistung weniger als die Hälfte des deutschen Bruttoinlandsproduktes. Eine russische Supermacht gibt es nicht mehr.

In bezug auf das Selbstverständnis ist der Befund nicht weniger dramatisch: Rußland ist ein Staat ohne Staatsidee. Reichsbildung weit über die Wohngebiete des großrussischen Ethnos hinaus, zusammengehalten von der zarischen Selbstherrschaft und der russischen "mission civilisatrice" – das war die Staatsidee des Rußländischen Reiches vor 1917. Die Bolschewiki hatten die Ziele wesentlich weiter gesteckt, die innere Ordnung der UdSSR sollte Vorbild für die eine, sozialistische Welt der Zukunft sein.

Auf der Suche nach der "Idee für Rußland"

Grundsätzlich bieten sich zwei Wege in die Zukunft: Man kann entweder danach streben, das Verlorengegangene zurückzugewinnen, bzw. – und das ist die gemäßigte Form der Restauration – Schaden zu begrenzen. Oder Staat und Gesellschaft vollziehen einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit, orientieren sich an politischen Modellen und Visionen, die in scharfem Kontrast zum Weltmachtanspruch und zur zusammengebrochenen politischen Ordnung stehen. Diesen zweiten Weg ist Westdeutschland nach 1945 – zunächst unter dem Druck der westlichen Siegermächte – gegangen. Auch in Rußland schien es um 1990, als ob das Land mit dem Zusammenbruch des Machtapparates der KPdSU, der administrativen Planwirtschaft und der UdSSR als Staat eine radikale Abkehr von seiner Vergangenheit vollziehen würde. Aber gerade weil der Wechsel vieler Paradigmen so rasch und unerwartet kam, wurde vieles nicht akzeptiert und verarbeitet. So geben heute in der öffentlichen Diskussion jene den Ton an, die in den Kategorien der Kontinuität denken, die Rußland nicht nur als einzigen Rechts-

nachfolger der UdSSR betrachten, sondern das zukünftige Rußland glanzvoll aus den Traditionen der tausendjährigen Größe auferstehen sehen. Dabei ist fünf Jahre nach dem Ende der Sowjetunion fast allen klar, daß eine Wiederherstellung der UdSSR oder gar des Rußländischen Reiches in den Grenzen von 1914 nicht in Frage kommt. Aus dieser unaufhebbaren Spannung – Glorifizierung der Vergangenheit und Wissen, daß sie gescheitert ist – erwächst die Krise. Eine neue nationale Idee wird gefordert, die das Dilemma aufhebt und eine Vision für die Zukunft bietet.

Rußland befindet sich in einer grundsätzlich anderen Situation als die alten und neuen Nationalstaaten, die früher Satelliten oder Provinzen der Hegemonialmacht waren. Für sie ist Staats- und Nationsbildung entweder eine weitgehend abgeschlossene Periode ihrer Geschichte wie in Polen oder die große Herausforderung der Gegenwart wie in der Ukraine oder in Usbekistan. Die Schwierigkeiten mögen noch so unüberwindbar erscheinen, das Ziel ist dennoch klar. Was aber ist das Ziel für Rußland? Ein Staat aller Russen, die Schaffung einer rußländischen Nation, eine postkommunistische eurasische Hegemonialmacht oder ein europäischer Staat, der Integration in die vorhandenen suprastaatlichen Institutionen sucht?

Unmittelbar nach seiner Wiederwahl rief Präsident Jelzin im Juli 1996 seine Berater auf, "innerhalb von zwei Jahren" eine nationale Ideologie auszuarbeiten. In der russischen Geschichte habe es verschiedene Perioden gegeben: Monarchie, Totalitarismus, Perestrojka. "Jede Etappe hatte ihre Ideologie. Jetzt haben wir keine", sagte Jelzin.¹ "Rußland braucht eine gesamt nationale Idee, die die Nation zusammenschweißt, die Menschen eint und mobilisiert zur Wiedergeburt Rußlands und die ein Gegengewicht ist zum politischen Gezänk...", umschrieb der Präsident die Funktion einer nationalen Ideologie. Die halbamtliche Zeitung "Rossijskaja gazeta" lobte einen ersten Preis in Höhe von 10 Millionen Rubel aus, der dem Autor der besten "Idee für Rußland" zuerkannt werden sollte. Die Redaktion entschuldigte sich "wegen des so bescheidenen Honorars für den Sieger".²

Mit dieser Initiative nahm die Staatsführung eine Stimmung in breiten Schichten der Bevölkerung und eine Überzeugung unter den Eliten auf, die fast alle politischen Lager eint. Die Überzeugung von der "Notwendigkeit, eine im eigentlichen Sinn staatliche Ideologie auszuarbeiten"³, verbindet die demokratischen Kräfte mit den radikalen Nationalpatrioten und Kommunisten. Dies muß auch auf dem Hintergrund der kommunistischen Tradition gesehen werden. Die KPdSU legitimierte ihre Herrschaft wesentlich durch eine Ideologie. Das Scheitern dieser Ideologie hat nicht zur Verwerfung von Ideologie überhaupt geführt, sondern zu Hoffnungen auf eine neue, bessere. Ebenso knüpfte die Vorstellung von der umfassenden Steuerbarkeit der Gesellschaft von oben durch machtvollen oder geistvollen Führer an kommu-

¹ FAZ, 13.7.1996.

² Rossijskaja gazeta, 30.7.1996; A. Ignatow, Nabelschau auf allerhöchste Anweisung. Der Wettbewerb um die "neue russische nationale Idee" tritt in die zweite Phase ein. Aktuelle Analysen des BIOst, 18/1997, 28.4. 1997.

³ So die Formulierung des "Geisteswissenschaftlichen und politischen Zentrums 'Strategie'", das unter der Leitung des früheren engen Jelzin-Mitarbeiters Gennadij Burbulis steht, in: Stanovlenie novoj rossijskoj gosudarstvennosti: real'nost' i perspektivy, Moskau 1996, S. 146.

nistische Tradition an. Die Wissenschaft vom Steuern der Gesellschaft war ein zentraler Bestandteil des "wissenschaftlichen Kommunismus". Hier zeigt sich einmal mehr, daß sich in der politischen Kultur die Form als beharrlicher und zählebiger als der Inhalt erweist. Es ist einfacher, den Wein auszuwechseln als die Schläuche.⁴

Die alten Worte erhalten allerdings unter den neuen Verhältnissen veränderte Bedeutung. Die russische Redeweise von der "Ideologie der neuen rußländischen Staatlichkeit" meint häufig nichts anderes als "Formulierung der Staatsziele" oder "Festlegung der strategischen Ziele" des russischen Staates. Insofern steht die Suche nach der "russischen Idee" nicht im Widerspruch zur Verfassung vom Dezember 1993, in der es heißt: "Keine Ideologie darf in der Eigenschaft als staatliche oder verbindliche Ideologie festgelegt werden" (Artikel 13, Absatz 2).

Patriotischer Konsens

Der Zusammenbruch von Staat und Herrschaftsapparat der KPdSU hat niemanden in dem riesigen Land unberührt gelassen. Millionen leiden unter den verheerenden sozialen und ökonomischen Folgen der neuen russischen Revolution. Andere sind die Gewinner gewesen oder nutzen die niemals zuvor vorhandenen Chancen, zu materiellem Wohlstand und wirtschaftlicher Macht zu kommen. Arm und Reich treten offen und nicht selten in provozierender Weise auseinander. Die jahrzehntelang unterdrückten politischen Konflikte entluden sich unter anderem in zwei Putschen im August 1991 und September/Oktober 1993. Immer wieder wurden im Land selbst und im Westen die Gefahren von Bürgerkrieg und Anarchie an die Wand gemalt. In der "Zeit der Wirren" seit Ende der 1980er Jahre wiederholte die russische Geschichte zyklische Krisen, wie sie z.B. zu Beginn des 17. Jahrhunderts oder am Anfang unseres Jahrhunderts stattgefunden haben.⁵ An die Stelle eines hypertrophen Zentralismus traten Lokalismus und Souveränisierung von Teilrepubliken, Gebieten und sogar unteren territorialen Einheiten. Statt der einzigen kommunistischen Partei entstanden Hunderte von politischen Klubs, Bewegungen und Parteien. Während früher eine scharfe Zensur jedes öffentliche Wort kontrolliert hatte, wurde jetzt alles sagbar. Die politische Sprache kannte in ihrer Aggressivität, Verantwortungslosigkeit und ihrem Haß keine Grenzen. Das Umschlagen von einem Extrem in das andere, wodurch in kürzester Zeit alle Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehrt zu werden schienen, läßt sich auch in den Bereichen Kultur, Religion oder Ökonomie zeigen. Das Gemeinwesen schien aus allen Fugen geraten zu sein.

Um so erstaunlicher ist, daß es nicht zu flächendeckenden sozialen Unruhen oder gar bürgerkriegsähnlichen militärischen Auseinandersetzungen gekommen ist. Vielleicht hat die von vielen erkannte Gefahr dazu beigetragen, sie zu vermeiden. Die größte politische Bedrohung, die 1991 die Zukunft in Frage zu stellen schien, war das Auseinanderbrechen Rußlands. Viele hatten den Eindruck, nach dem Zerfall der UdSSR werde sich nun Ähnliches auf der Ebene

⁴ G. Simon, Zukunft aus der Vergangenheit. Elemente der politischen Kultur in Rußland, in: Osteuropa, 45, 1995, S. 455-482.

⁵ Großangelegte Aufrisse der russischen Geschichte und Kultur unter diesen Gesichtspunkten: A.S. Achiezer, *Rossija: Kritika istoričeskogo opyta*, 3 Bde, Moskau 1991; Ju.M. Lotman, *Kul'tura i vzryv*, Moskau 1992.

der Rußländischen Föderation wiederholen: Rußland werde in zahlreiche Teilstaaten auseinanderbrechen; die Zeit der Teilfürstentümer aus dem russischen Mittelalter kehre wieder. Dies zu verhindern, war wohl nach dem Ende der UdSSR der einzige gemeinsame Nenner, auf den sich fast alle politischen Kräfte einigen konnten. Die Entschlossenheit, Rußland als einen einheitlichen Staat zu bewahren, war ein wesentlicher Grund für die Herausbildung eines patriotischen Konsenses, der seit 1992 immer deutlichere Konturen annahm. Im Mittelpunkt stehen die Emotionen für Rußland, die sich gedanklich vor allem aus der Tradition des 19. Jahrhunderts speisen. Zugleich wird machtpolitisch ziemlich bruchlos auch an die kommunistische Zeit angeknüpft.

Wahlkämpfe, vor allem der Präsidentschaftswahlkampf 1996, vermittelten den Eindruck einer gespaltenen Gesellschaft, die in "Rote" und "Weiße", "Reformer" und "Reaktionäre", "Demokraten" und "Opposition" zerfällt. Diese manichäische Weltsicht verdeckt die Tatsache, daß es in wesentlichen politischen Grundsatzfragen einen Konsens gibt, der den größten Teil der politischen Klasse miteinander verbindet und die meisten politischen Gruppierungen und Parteien überspannt. Dieser Konsens hat tiefe Wurzeln in der Gesellschaft, die in der russischen politischen Sprache nach wie vor "Volk" (narod) heißt. Außerhalb des patriotischen Konsenses stehen politische Gruppierungen an den äußersten Rändern des politischen Spektrums, und zwar sowohl auf der liberalen, prowestlichen Seite – etwa ein Teil der Partei "Demokratische Wahl Rußlands – Vereinigte Demokraten" unter Führung von Jegor Gajdar – als auch auf der kommunistischen und national-extremistischen Seite – etwa die Gruppierung "Kommunisten – Arbeitendes Rußland – für die Sowjetunion" unter Wiktor Tjulkin und Wiktor Anpilow oder die faschistische Gruppe "Russische Nationale Einheit" unter Alexander Barkaschow. Die "Partei der Macht" mit dem Jelzin-Lager und der überwiegende Teil der KPRF sowie zahlreiche kleinere politische Organisationen und politische Leitfiguren sind dagegen – trotz Kontroversen in Einzelfragen – in einem patriotischen Konsens miteinander verbunden. Welches sind seine wesentlichen Inhalte?

1. *Rußland ist eine Groß- und Weltmacht.* Es durchlebt zwar gegenwärtig eine Schwächeperiode, aber "das große Rußland erhebt sich von den Knien".⁶ Rußland hat im Laufe seiner tausendjährigen Geschichte wiederholt Zusammenbrüche erlebt, ist jedoch jedesmal gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Rußland ist zur Größe verdammt, so wird häufig argumentiert. Die vergangene und zukünftige Größe wird vor allem aus den gewaltigen geographischen Dimensionen des Landes und seinen großen natürlichen Reichtümern abgeleitet. Die Rußländische Föderation von 1991 ist noch immer das flächenmäßig größte Land der Erde.

Nicht zufällig ist ein Begriff seit 1992 in den Mittelpunkt der russischen Diskussion gerückt, der in sowjetischer Zeit unbekannt war: Geopolitik. Über Rußland kehrt dieser Begriff auch in den westlichen politischen Diskurs zurück. In Rußland verbindet sich damit die Vorstellung, daß geographische Determinanten vor historischen Veränderungen schützen, daß die Lage und Größe des Landes seine Bedeutung und sein Gewicht garantieren. Der

⁶ Boris Jelzin anlässlich seiner Inauguration als Präsident der RSFSR am 10.7.1991, in: Izvestija, 10.7.1991.

Anspruch Rußlands auf eine Rolle als Groß- und Weltmacht gilt als gesichert, unabhängig von seinem inneren Zustand, seiner ökonomischen und militärischen Leistung. Diese geopolitische Selbstdarstellung und Selbstbestätigung verschließt die Augen vor der Tatsache, daß z.B. ein der geographischen Ausdehnung nach kleines Land wie Japan, das über keine umfangreichen natürlichen Rohstoffe verfügt, ökonomische Weltgeltung erlangt hat. Die Geschichte bietet darüber hinaus zahlreiche Beispiele, daß europäische Länder von nur geringer geographischer Größe – wie die Niederlande oder das Vereinigte Königreich – zu Weltmachtstellung aufgestiegen sind.

Der Verlust der Groß- und Weltmachtrolle wird auch in breiten Kreisen der Bevölkerung nicht akzeptiert. Bei einer gesamtrussischen repräsentativen Befragung im März/April 1996 wurden den Respondenten folgende alternative Aussagen vorgelegt: a) "Rußland war immer eine Großmacht. So wird es auch in Zukunft bleiben. Rußland muß in der Welt die gleiche Rolle spielen wie die USA." b) "Die UdSSR war eine Supermacht. Das ist jetzt vorbei. Rußland wird in Zukunft eine Macht sein wie China, Frankreich oder England." 58% der Befragten entschieden sich für die erste Aussage, 18% für die zweite, 10% votierten gegen beide Alternativen, und 14% meinten, das sei "schwer zu sagen".⁷

Gelegentlich verschaffen sich in Rußland Stimmen Gehör, die grundsätzliche Positionen des politischen Konsenses nicht teilen. So kommt der Ökonom L. Gordon aufgrund der Tatsache, daß gegenwärtig das Bruttoinlandsprodukt Rußlands nur 10 bis 15% des amerikanischen beträgt, zu dem Schluß: "Heute und morgen nehmen wir in der geoökonomischen Hierarchie auf der Welt die Position einer Großmacht zweiten Ranges ein", und zwar nicht nur hinter den USA, sondern auch mit weitem Abstand hinter Japan, China und Deutschland. Der Autor sieht darin keineswegs ein Verhängnis, sondern die Chance "für sozialen Fortschritt und Aufblühen".⁸

2. *Für den patriotischen Konsens ist das Ende der Sowjetunion etwas Unhistorisches und Widernatürliches.* "Wir müssen immer daran denken, daß die Bewohner dieses Sechstels der Erde...ihre Heimat immer noch als ein einheitliches Land empfinden. Seine Teilung geht ihnen wider die Natur", schrieb Jelzin.⁹ Sjuganow formulierte seine Überzeugung von den "natürlichen geopolitischen Grenzen" Rußlands schärfer. Ziel russischer Politik müsse die "Wiederherstellung eines einheitlichen Staates" "auf einer prinzipiellen neuen und gänzlich freiwilligen Grundlage" sein¹⁰, dessen "Grenzen sich nicht wesentlich von den Grenzen der UdSSR unterscheiden werden".¹¹

⁷ Diese Daten wurden im Rahmen eines World Values Survey erhoben. Vgl. K. Kääriäinen, *Moral Crisis or Immoral Society? Russian Values After the Collapse of Communism*. Berichte des BIOst, 26/1997.

⁸ L.A. Gordon, *Razmery Rossii: geopolitičeskie vyvody iz geoëkonomičeskich sravnenij*, in: T.I. Zaslavskaja (Hg.), *Kuda idet Rossija?*... Bd III, Moskau 1996, S. 138f.

⁹ B. Jelzin, *Auf des Messers Schneide*, Berlin 1994, S. 178.

¹⁰ G. Zjuganov, *Za gorizontom*, Moskau 1995, S. 92.

¹¹ G. Zjuganov, *Deržava*, Moskau 1994, S. 43.

Gemeinsam bedauert der patriotische Konsens das Bjeloweshsker Abkommen über das Ende des Staates UdSSR, wobei die Kommunisten und die nationalen Rechtsextremen der Jelzin-Führung Verrat an der Geschichte und der Heimat vorwerfen. Der russische Präsident rechtfertigt sein Handeln damit, daß so ein noch weiteres Auseinanderbrechen des Landes verhindert und im Gegenteil der Grundstein für ein neues Zusammenwachsen in der Zukunft gelegt worden sei. Kaum jemand sieht im Ende der UdSSR eine unabweisliche Konsequenz langer historischer Entwicklungen und neue Chancen für eine bessere Zukunft Rußlands.

Bei einer repräsentativen Umfrage in zwölf Regionen Rußlands im Sommer 1995 erklärten 44% der Befragten, der Zerfall der UdSSR sei "ein Unglück für viele Menschen in den Republiken der ehemaligen UdSSR"; 30% sagten, der Zerfall habe "gute und schlechte Seiten"; 14% sahen darin "eine Katastrophe im Weltmaßstab". Nur 5% betrachteten den Zerfall als "Bedingung für die Wiedergeburt Rußlands und der Republiken der ehemaligen UdSSR" und lediglich 3% nannten das Ende der UdSSR "ein positives Ereignis im Weltmaßstab".¹²

Der Rat für Außen- und Verteidigungspolitik, eine nichtstaatliche Vereinigung von Politikern und Wissenschaftlern, die der politischen Mitte zuzurechnen sind, lehnte in einem Grundsatzpapier im Mai 1996 die Wiederherstellung der UdSSR als utopisch ab. Aber ebenso verwarf der Rat die These von einem "geopolitischen Pluralismus", der auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR entstanden sei. Vielmehr sei die "Führung Rußlands im größten Teil der geopolitischen Zone" ein "objektiver" Faktor. "Annäherung und Integration" der neuen Staaten würden zunächst zu einer Konföderation und nach zehn bis fünfzehn Jahren zu einer Föderation der meisten Staaten mit Rußland im Zentrum führen.¹³

3. *Rußland ist eine eigenständige Zivilisation.* Weil das Land durch eine besondere historische Tradition geprägt ist, muß es auch seinen eigenen Weg in die Zukunft finden. Rußland ist, so argumentiert der patriotischen Konsens, in diesem Sinn kein Teil des Westens. Die Übernahme des westlichen politischen Institutionengefüges und der westlichen Kultur steht im Widerspruch zur russischen historischen Prägung und Mentalität. Dies würde die Selbstauflösung in einer westlichen Einheitskultur bedeuten.

Besonders ausgeprägt sind die Vorbehalte gegen den westlichen Liberalismus im linkskonservativ-kommunistischen Lager, aber sie reichen weit in demokratisch-reformerische Gruppierungen hinein. "Für die Verwirklichung des Modells der liberalen Demokratie gab es in Rußland keine Voraussetzungen", heißt es im führenden Organ der linkskonservativ-kommunistischen Opposition.¹⁴ Die Selbstdefinition in der Abgrenzung zum Westen knüpft an die slawophile Tradition des 19. Jahrhunderts an und verbindet sich heute eben-

¹² A.G. Zdravomyslov, *Ėtnopolitičeskie konflikt y i dinamika nacional'nogo samosoznani ja rossijan*, in: Zaslavskaja (Hg.), *Kuda idet Rossija*, S. 29.

¹³ *Vozrodit'sja li Sojuz? Tezisy Soveta po vnešnej i oboronnoj politike*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 23.5.1996.

¹⁴ *Sovremennaja russkaja ideja i gosudarstvo*, Sondernummer der Zeitschrift "Obozrevatel", Moskau 1995, S. 48.

so wie damals mit einem mehr oder weniger offen ausgesprochenen Überlegenheitsbewußtsein gegenüber der westlichen Zivilisation. Das Überlegenheitsgefühl wird mit konkretem zeitgenössischen Inhalt gefüllt. Ein zentrales Argument lautet, "das Modell des marktwirtschaftlichen Liberalismus hat sich erschöpft"¹⁵, und zwar auch im Westen, weil die dortige "goldene Milliarde" der Menschheit die Ressourcen dieser Erde nahezu verbraucht hat. Die neue nichtmaterielle, geistige Kultur wird aus Rußland kommen. Das messianische Pathos ist weitgehend auf das nationalpatriotisch-kommunistische Lager beschränkt, die Selbstdefinition in Abgrenzung gegenüber dem Westen hat dagegen auch in der "Partei der Macht" viele Sympathisanten.

Die Mentalität der Russen wird der individualistischen, liberalen und rationalistischen Kultur des Westens gegenübergestellt. Kollektivismus, Streben nach Gerechtigkeit und Gleichheit, Geduld und Leidensbereitschaft, Priorität geistiger Bedürfnisse gegenüber materiellen werden als die nationalen Eigenschaften der Russen beschrieben. Die "besondere Russische Zivilisation" ist nach Meinung des Vizesprechers der Duma, Sergej Baburin, durchdrungen vom Bewußtsein der "gemeinschaftlichen Gesamtheit" (sobornost'), "der geistigen Gemeinschaft, der sozial-psychologischen, ökonomischen, politisch-rechtlichen Einigkeit (edinenie) der unterschiedlichsten Schichten der rußländischen Gesellschaft".¹⁶

4. *Rußland muß für seine Wirtschaft ein eigenes ordnungspolitisches Modell entwickeln.* Ein radikaler Rückzug des Staates aus der Wirtschaft nach amerikanischem oder deutschem Vorbild wird abgelehnt. Zwar besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die administrative Planwirtschaft gescheitert ist, bzw. daß ihre Wiederherstellung im postindustriellen Zeitalter ausgeschlossen ist. Aber die kapitalistische Wirtschaftsordnung gilt ebenso als diskreditiert und ungeeignet für Rußland. Hier verbinden sich antikapitalistische Ressentiments aus zarischer und kommunistischer Zeit mit den jüngsten Erfahrungen, die man mit einem ungezügelten, mafiosen Kapitalismus gemacht hat. Der Mafia-Kapitalismus ist ebenso wie das Absinken des Lebensstandards dafür verantwortlich, daß die Akzeptanz der Marktwirtschaft deutlich rückläufig ist. Der Anteil der Befürworter der Marktwirtschaft sank zwischen Juni 1993 und Mai 1995 auf die Hälfte: von 42% auf 22% der Bevölkerung.¹⁷

Die Suche nach einem eigenen ordnungspolitischen Weg wird auch hier historisch und völkerpsychologisch begründet. Der Preisträger des eingangs genannten Wettbewerbs um die beste "Idee für Rußland" faßte alle Unterschiede zwischen einem Russen und einem Westeuropäer in der Formel zusammen, der Russe sei "ein Mensch, dem der Markt fremd ist". "Der russische nationale Charakter formierte sich nicht auf der Basis von Markttätigkeit."¹⁸ Gegenwärtig besteht von der Jelzin-Tschernomyrdin-Führung bis in das kommunistisch-rechtsextreme Lager weitgehend Übereinstimmung dahin, daß die interventionistische Regulierung der Wirtschaft auch in Zukunft wie in zarischer und kommunistischer

¹⁵ A. Podberezkin, *Russkij put'*, Moskau 1996, S. 36.

¹⁶ S. Baburin, *Rossijskij put'*. Stanovlenie rossijskoj geopolitiki kanuna xxi veka, Moskau 1995, S. 152.

¹⁷ T.I. Zaslavskaja, *Transformacija social'noj struktury rossijskogo obščestva*, in: Zaslavskaja (Hg.), S. 21.

¹⁸ G. Sudakov, *Šest' principov russkosti*, in: *Rossijskaja gazeta*, 17.9.1996, 31.12.1996.

Zeit zentrale Staatsaufgabe sein müsse. Dabei darf sich der Staat nicht auf die Steuereintreibung und das Setzen eines ordnungspolitischen Rahmens für die Wirtschaft beschränken, sondern er muß als Unternehmer, Investor, Lizenzerteiler und Protektor das wichtigste Subjekt im ökonomischen Prozeß bleiben. Eine teilweise Privatisierung steht dem nicht entgegen. Der patriotische Konsens stützt auf diese Weise die enge Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit von staatlicher Bürokratie und wirtschaftlicher Elite; er erschwert so den Kampf gegen die Mafia.

5. *Die Sorge für die Russen und die Russischsprachigen im "nahen Ausland" ist ein zentrales Anliegen des patriotischen Konsenses.* Der Zerfall der UdSSR hat erstmals in der Neuzeit zu der Situation geführt, daß Millionen Russen außerhalb der Grenzen des russischen Staates leben. Vor allem die baltischen Staaten sind seit 1992 einem publizistischen Trommelfeuer wegen der angeblichen Diskriminierung der russischen Bevölkerung ausgesetzt. Aber auch das Verhältnis zu Kasachstan ist belastet, weil hier die Kasachisierung der Eliten fortschreitet und Hunderttausende von Russen das Land verlassen. Kasachstan lehnt ebenso wie alle anderen Staaten (mit Ausnahme von Turkmenistan) die von Rußland geforderte doppelte Staatsbürgerschaft für Russophone ab. In der Praxis hat die Sorge für die "Landsleute im nahen Ausland" vor allem zwei Aspekte: die politische Rhetorik und die schwierige Aufnahme von Flüchtlingen und Übersiedlern aus den neuen Staaten Zentralasiens und aus dem Kaukasus. Viele Russen verlassen auch die nordkaukasischen nationalen Republiken, die Subjekte der Rußländischen Föderation sind, vor allem Tschetschenien/Itscherien. Während die Aufnahme von Übersiedlern und Flüchtlingen angesichts der eigenen großen wirtschaftlichen Probleme nicht populär ist, steht die rhetorische Anteilnahme an den Russen im "nahen Ausland" auf einem sicheren populistischen Fundament. Im traditionell liberalen und demokratischen Moskau waren im Januar 1997 45,6% der repräsentativ Befragten "einverstanden" mit der Aussage: "Rußland muß alle Maßnahmen ergreifen, bis hin zum Bruch der wirtschaftlichen Beziehungen, zur Verteidigung der Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in den Ländern des nahen Auslands". 21,4% waren "nicht einverstanden"; 33% hatten keine Meinung.¹⁹

Wie nun konkret die Interessen der "Landsleute im nahen Ausland" wahrgenommen werden sollen, das bleibt vielfach unklar. Der Russische Weltkongreß, eine vom Moskauer Patriarchat der Russischen Orthodoxen Kirche mitgetragene Organisation, vertritt eine extremistische Position, die von der russischen Regierung nicht geteilt wird: "Die Selbstbestimmung der Russen in allen ihren historischen Territorien und ihre Wiedervereinigung in einem einzigen staatlichen Körper sind die staatlichen und nationalen Hauptaufgaben des russischen Volkes"²⁰, erklärte der Zweite Kongreß im Februar 1995.

6. *Träger der neuen Staatlichkeit ist die rußländische Nation.* Zu ihr gehören neben den ethnischen Russen auch die Tataren, Baschkiren, die Völker Dagestans und alle anderen nationalen Minderheiten innerhalb des Landes. Die rußländische Nation wird also als die Ge-

¹⁹ Moskovskie novosti, 16.1.1997, S. 1.

²⁰ Sovetskaja Rossija, 18.2.1995.

meinschaft der Staatsbürger, als politische und nicht als ethnische Nation definiert. Sie soll insofern die Unverletzlichkeit und Unteilbarkeit der Rußländischen Föderation garantieren. In der politischen Sprache werden die Angehörigen der rußländischen Nation als Rußländer (rossijane) bezeichnet. Mit diesem Wortgebrauch soll deutlich gemacht werden, daß die Staatsnation größer ist als das russische Ethnos. Der Terminus rossijanin (der Rußländer) ist zwar kein Neologismus in der russischen Sprache; dies altertümliche und vor 1917 synonym mit russkij (der Russe) gebrauchte Wort war jedoch vor 1990 aus der lebenden Sprache verschwunden. Der veraltete Terminus, jetzt in neuer Bedeutung, ist also aufs engste mit der Entstehung der neuen russischen Staatlichkeit verbunden. Während die Redeweise von den "Rußländern" neu ist, erinnert das Theorem "rußländische Nation" deutlich an die Theorie vom "Sowjetvolk" aus kommunistischer Zeit. Die Denkfigur "das Sowjetvolk – eine neue historische Menschengemeinschaft" war der ideologische Ausdruck für den besonders seit den 1960er Jahren betriebenen und wie sich später zeigte, letzten Versuch, eine Art Reichsideologie zu schaffen, die den zentrifugalen Nationalismen innerhalb der Sowjetunion entgegenwirken sollte.²¹ In ähnlicher Weise soll die rußländische Nation die gegenwärtige kulturelle und politische Renaissance der Völker überwölben und sie mit den ethnischen Russen in einem Staatsvolk integrieren.

Die Vorstellung, daß die Russen keine normale Nation sind oder werden können, wie die Franzosen oder Polen, knüpft auch an slawophiles Gedankengut aus dem 19. Jahrhundert an. Den Slawophilen galt die russische Nation als eine besondere Nation, die aus den Völkern des Reiches besteht, "Russen" war ein politischer, kein ethnischer Begriff. Ebenso ist heute von der "Übernation" die Rede, die als das "rußländische Superethnos, die freiwillige, multinationale, politische Union der Völker Rußlands" definiert wird.²² In dieser "Übernation" sollen die Ethnien zumindest politisch, wenn auch nicht sprachlich-kulturell aufgehen.

Nach jahrelangen Diskussionen unterzeichnete Präsident Jelzin im Juni 1996 die offizielle "Konzeption der staatlichen nationalen Politik der Rußländischen Föderation", in der die "Formierung und Verbreitung der Ideen der geistigen Einheit, der Freundschaft der Völker... und die Kultivierung des Gefühls des rußländischen Patriotismus... im Rahmen des eurasischen national-kulturellen Raumes" als Staatsziele festgelegt werden.²³ Innerhalb des patriotischen Konsenses besteht eine erhebliche Spannweite hinsichtlich der praktischen Schritte zur Schaffung der rußländischen Nation. Liberale Stimmen verlangen zwar eine De-Etatisierung der nationalen Republiken innerhalb der Rußländischen Föderation, stellen aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ihre Existenz in Frage und fordern zusätzlich eine ausschließlich personenbezogene national-kulturelle Autonomie. Demgegenüber treten Nationalradikale (z.B. der "Kongreß der Russischen Gemeinden") und Kommunisten für die durchgehende Gliederung der Rußländischen Föderation in Gouvernements, d.h.

²¹ G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 356ff.

²² S. Kortunov, Kakaja Rossija nužna miru?, in: Pro et contra, Band 2, Nr. 1, Moskau, Winter 1997, S. 21.

²³ Rossijskaja gazeta, 10.7.1996.

für die Abschaffung der nichtrussischen national-territorialen Autonomien und also offen für assimilatorische Ziele ein.

Die Frage, welches denn nun die Rolle der Russen innerhalb der rußländischen Nation sein soll, wird in der öffentlichen Diskussion zumeist umgangen. Stets wird die formale Gleichberechtigung aller Völker der rußländischen Nation hervorgehoben, tatsächlich ist dies jedoch eine Leerformel. Denn der patriotische Konsens geht mit Selbstverständlichkeit davon aus, daß die rußländische Nation russisch spricht, Puschkin in der Schule liest, Alexander Newskij als vaterländischen Helden verehrt und die Expansion des Rußländischen Reiches seit dem Mittelalter als zentrale Kulturleistung begreift. So sind am Ende die Russen natürlich die sprachlichen, kulturellen und politischen Träger der rußländischen Nation – anders kann es angesichts der objektiven demographischen und historischen Realitäten auch nicht sein, obwohl die Rhetorik häufig den Eindruck erweckt, zwischen "russisch" (russkij) und "rußländisch" (rossijskij) lägen Welten.

Staatsziel ist also eine politische Nation, die Ethnien, Kulturen, Sprachen und Religionen überwölbt, allerdings – und darin liegt die Unaufrichtigkeit von Argumentation und Zielsetzung – soll diese Nation Träger und Fortsetzer der russischen Geschichte, Staatlichkeit und Kultur im Medium der russischen Sprache sein. In der Konsequenz wird den nichtrussischen Völkern offen oder latent das Recht auf Nationsbildung bestritten mit der Begründung, dies gefährde den Zusammenhalt der rußländischen Nation.

Das Staatsziel rußländische Nation und die Vorstellung, die Russen seien eine geteilte Nation, und die abgespaltenen Teile müßten wiedervereinigt werden, sind im übrigen miteinander unvereinbar. Wenn Rußland die Formierung einer politischen Nation, zu der alle Einwohner gehören, zu einem Anliegen mit hoher Priorität erklärt, muß das gleiche Ziel auch der Ukraine, Kasachstan oder Estland erlaubt sein, d.h. die Russen in diesen Ländern wären in erster Linie Angehörige einer politischen Nation eines anderen Staates. Tatsächlich werden aber beide, im Widerspruch zueinanderstehende Positionen im Rahmen des patriotischen Konsenses nebeneinander vertreten. Die daraus folgende terminologische Unsicherheit, aber auch der gefährliche politische Sprengstoff, der hier verborgen liegt, zeigt sich bei Wladimir Lukin, dem Mitbegründer und einem der Führer der demokratischen Partei "Jabloko". Er spricht von zwei Rußland, dem Land und der Nation. Das Land ist die Rußländische Föderation, die Nation schließt alle Russen und Rußländer auch außerhalb der Rußländischen Föderation ein. Die "historische Aufgabe" bestünde darin, daß "diese zwei Rußland...einander nicht verlieren".²⁴ Der patriotische Konsens reicht also weit in die Jawlinskij-Partei "Jabloko" hinein.

7. *Der Wertewandel, insbesondere die Betonung individueller Freiheitsrechte und das Streben nach Wohlstand sind in den patriotischen Konsens eingegangen.* Er enthält zwar viele nostalgische Elemente, tritt aber nicht für die Wiederherstellung des Leninismus oder der Verhältnisse unter Breshnew ein. Der patriotische Konsens ist antirevolutionär, und er distanzisiert sich vom militanten Atheismus. Beide – Revolution und Atheismus – sind in der

²⁴ V. Lukin, *S trevoj i nadeždoj: 1994-1995*, Moskau o.J., S. 27.

heutigen Gesellschaft extrem unpopulär. Auch die KPRF steht auf dem Standpunkt, daß Revolutionen, gewaltsame Umstürze und Putsche heute nicht in Frage kommen. Sjuganow spricht vom "Moloch Weltrevolution", der "zur Jagd nach der Fata Morgana einer globalen Führung in der Welt" geführt und zum Untergang der Sowjetunion beigetragen habe.²⁵ Die Russische Orthodoxe Kirche genießt heute durchgehend hohes Ansehen in der Gesellschaft; bis zu 90% der Bevölkerung haben eine positive Meinung von ihr. Dies bedeutet allerdings keineswegs, daß die Mehrheit der Russen praktizierende Christen sind. Rußland ist insofern kein orthodoxes Land.²⁶ Aber keine politische Gruppierung von Gewicht schlägt heute antikirchliche oder antichristliche Töne an.

Der patriotische Konsens stellt sich also auf eine Gesellschaft ein, deren Werte sich seit langem von kommunistischen Normen gelöst haben. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und vor allem das Streben nach Lebenskomfort genießen hohe Priorität. Dieser Wertewandel hat nicht erst in nachkommunistischer Zeit eingesetzt, er ist im Gegenteil einer der Gründe für den Untergang der alten Ordnung. Aussagen wie: "Das Leben eines einzelnen Menschen steht höher als beliebige andere Werte"; "das Gesetz ist für alle verbindlich..."; oder "der Staat ist um so stärker, je größer der Wohlstand seiner Bürger ist" sind heute in hohem Maß konsensfähig.²⁷ Soziologische Untersuchungen zeigen auch, daß politische Freiheiten, wie Wahlrecht, Medienfreiheit oder die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, heute in der Gesellschaft tiefer verwurzelt sind als Marktwirtschaft und Eigentumsrechte. Überragendes Interesse hat für alle die Herstellung von "Ordnung" (*porjadok*), wobei es keinen Konsens über den Weg dorthin und die Instrumente gibt, um dieses Ziel zu erreichen.²⁸ Die ziemlich verbreitete Entschlossenheit, an den gewonnenen politischen Freiheiten festzuhalten, und das Streben nach besseren Lebensverhältnissen bilden eine Schranke für revisionistische Politik. Zwar findet in der Gesellschaft Groß- und Weltmachtrhetorik viel Anklang, aber zugleich zeigen soziologische Umfragen, daß die Menschen nicht bereit sind, materielle Opfer für imperiale Ziele zu bringen oder dafür gar Soldaten in den Krieg zu schicken.

Zum Schluß sollen einige Einstellungen, Werthaltungen und politische Forderungen genannt werden, die nicht zum patriotischen Konsens gehören. Rechtsstaatlichkeit reduziert sich auf die Forderung nach Bekämpfung der Kriminalität, aber die Einsicht, daß eine Sphäre des Rechts grundsätzlich der Politik entzogen ist, stößt auf Unverständnis. Generell fehlt es an Verständnis dafür, daß Demokratie dauerhaft nur durch ein Gefüge von Institutionen gesichert werden kann, die nach einem festgelegten Prozedere miteinander verzahnt sind. Nach alter Tradition bedeuten in der russischen Politik die Führungspersonen alles, die Institutionen nichts, sie werden den Personen angepaßt.

²⁵ Zjuganov, *Deržava*, S. 127; ders., *Za gorizontom*, S. 49.

²⁶ Kääriäinen, *Moral Crisis*, S. 26-29.

²⁷ T. Kukovec, I. Kljamkin, *Russkie idei. Vozmožno li soglasie v raskolotom obščestve?*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 16.6.1997.

²⁸ V. Lapkin, V. Pantin, *Čto značit "russkij porjadok"?*, in: *Moskovskie novosti*, 20.4.1997, S. 18-19.

Die weitgehende Bedeutungslosigkeit politischer Parteien löst deshalb keinerlei Beunruhigung aus, im Gegenteil, der patriotische Konsens weist immer wieder voller Stolz darauf hin, daß derartige, eben nur partikuläre Interessenlobbys der "ganzheitlichen" russischen Tradition widersprechen. Politischer Pluralismus wird zwar heute in Rußland praktiziert, aber er ist institutionell nur schwach gesichert und deshalb höchst labil. Gegenwärtig beruht er vor allem darauf, daß Präsident und Regierung in der Duma keine Mehrheit haben. Sollte dieser in einer Demokratie an sich ungewöhnliche Zustand einmal dadurch ersetzt werden, daß Präsident und Duma mehrheitlich dem gleichen politischen Lager angehören, könnte die Opposition – jedenfalls im Zentrum – relativ leicht aus dem Institutionengefüge ausgeschaltet werden. Demokratie als System zur Ordnung der Macht ist in der Bevölkerung nicht fest verankert. Bei der schon genannten Umfrage im März/April 1996 wurden den Respondenten folgende alternative Aussagen vorgelegt: a) "Andere Staaten, Deutschland zum Beispiel, sind auch spät zur Demokratie gekommen. Nach einer Übergangsperiode werden sich auch in Rußland wie in Europa stabile demokratische Verhältnisse herausbilden." b) "In unserer jetzigen Übergangsperiode wird uns die Demokratie nicht helfen. Rußland ist für die Demokratie noch nicht reif." 25% der Befragten entschieden sich für die erste, 37% für die zweite Alternative; 12% votierten gegen beide Aussagen, und 26% entschieden sich nicht.

Eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit oder gar die Bestrafung von Verbrechen ehemaliger kommunistischer Führer und Schergen fordert der patriotische Konsens nirgendwo. Die Vorstellung, daß leitende Funktionäre des kommunistischen Regimes keine führenden Posten in einem demokratischen Rußland bekleiden sollten, existiert nicht einmal in Ansätzen.

Die politischen Konsequenzen des patriotischen Konsenses

Das informelle Zusammenrücken der politischen Elite in Bezug auf zentrale Fragen hat erheblichen Einfluß auf die russische Politik seit 1992 gehabt. Nach innen hat der Konsens beruhigend gewirkt. Trotz dramatischer Ereignisse – der Putsch im September/Oktober 1993, der große Wahlerfolg Shirinowskijs im Dezember 1993, der Wahlsieg der Kommunisten im Dezember 1995 – kam es nicht zu flächendeckenden Katastrophen im ganzen Land. Symptomatisch ist vielmehr, daß das Parlament im Februar 1994 eine Amnestie für die einsitzenden Führer sowohl des Putsches vom August 1991 wie des Umsturzversuches vom Oktober 1993 beschloß. Das Verbot der kommunistischen Partei war schon im November 1992 vom Verfassungsgericht weitgehend aufgehoben worden. Der patriotische Konsens weist nach den revolutionären Umbrüchen zwischen 1989 und 1991 in Richtung auf Kontinuität und Stabilität.

Andererseits sind durch den patriotischen Konsens die großen Reformanstrengungen aus den Umbruchjahren zum Stillstand gekommen. Das Ruhebedürfnis hat den Handlungsdruck reduziert. Infolgedessen ist Rußland hinsichtlich wirtschaftlicher Reformen weit hinter den Staaten Ostmitteleuropas, des Baltikums, aber auch hinter Armenien und Georgien zurückgefallen. Die Regierung Tschernomyrdin hat sich zu neuen Reformansätzen unfähig erwiesen. Weder die dringend erforderliche Steuer- noch die Agrar-, noch die Kommunal-, noch die Militärreform sind während der Amtszeit des Ministerpräsidenten seit Dezember 1992 voran-

gekommen; zugleich ist das Bruttoinlandsprodukt zwischen Dezember 1992 und Dezember 1996 um 28% gefallen.²⁹ Die weitgehende Handlungsunfähigkeit des kranken Präsidenten Jelzin über viele Monate in den Jahren 1995 und 1996 vergrößerte den Berg ungelöster Probleme weiter.

De facto wird Rußland von einer Art großen Koalition regiert; dies ist nur möglich, weil es einen übergreifenden Konsens gibt und weil andererseits ein funktionierendes demokratisches Institutionengefüge fehlt. Im Parlament existiert weder eine Regierungskoalition noch eine Opposition, jedenfalls nicht im westlichen Verständnis. Die von Anti-Jelzin-Kräften beherrschte Duma hat mit großer Mehrheit im Juli 1996 den von Jelzin vorgeschlagenen Kandidaten Tschernomyrdin als Ministerpräsidenten bestätigt und bisher in jedem Jahr nach einigen parlamentarischen Scharmützeln den Staatshaushalt genehmigt. Jelzin hat seit 1992 bei der Auswahl der Führungskräfte für die Exekutive und bei seinen eigenen politischen Entscheidungen stets die veränderte Stimmungslage in der Gesellschaft und die Machtverschiebungen in den Eliten berücksichtigt. Er ist dabei von radikalen Reformvorhaben mehr und mehr abgerückt, hat aber die starken politischen Kräfte im Lande personell und sachlich in die Exekutive eingebunden. Das hat der politischen Spitze von Präsident und Ministerpräsident eine erstaunliche Dauer und Stabilität gesichert, aber auch zum Verlust an Reformwillen beigetragen.

Einige Beispiele für die Koalition durch Kooptation seien genannt: Nach seiner Wiederwahl im Sommer 1996 holte der Präsident zwei Vertreter der Finanzoligarchie und des neuen Unternehmertums, die inzwischen eine erhebliche Macht darstellen, in die Exekutive. Der Bankier Wladimir Potanin wurde Erster Stellvertretender Ministerpräsident und der Unternehmer Boris Beresowskij Stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates. Schon seit 1995 war der Kommunist Walentin Kowaljew (nicht zu verwechseln mit dem ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten Sergej Kowaljew) Justizminister, er schied im Juni 1997 wegen eines persönlichen Skandals aus der Regierung aus. Er war seit 1993 Mitglied der KPRF-Fraktion der Duma, wenn auch nicht Mitglied der KPRF gewesen – auch das eine Besonderheit des russischen politischen Systems. Nach seiner Wiederwahl berief Jelzin zusätzlich Aman Tulejew als Minister für die Angelegenheiten der GUS in die Regierung, obwohl oder weil Tulejew kommunistischer Kandidat um die Präsidentschaft gewesen war. Er hatte kurz vor dem ersten Wahlgang zugunsten Sjuganows (!) auf seine Kandidatur verzichtet. Tulejew verließ die Regierung im Juli 1997 wieder und wurde vom Präsidenten als Gouverneur nach Kemerowo geschickt.

Im März 1997 übertrug der Präsident zwei ökonomischen Reformern führende Regierungspositionen: dem Gouverneur von Nishnij Nowgorod Boris Nemzow und dem bisherigen Leiter der Präsidialadministration Anatolij Tschubajts; Potanin verlor sein Amt. Ob die beiden neuen

²⁹ O. Moroz, Počemu Černomyrdin ne uchodit v otstavku?, in: Literaturnaja gazeta, 25.12.1996, S. 11.

Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ihre Reformvorstellungen werden durchsetzen können, wird die Zukunft erweisen.³⁰

Während die patriotische Übereinstimmung nach innen dämpfend wirkt, hat sie in der Außenpolitik einen destabilisierenden, Unruhe stiftenden Effekt. Denn der patriotische Konsens akzeptiert grundsätzlich nicht den Status quo von 1991, er strebt vielmehr nach einer Revision dessen, was als unhistorisch, ungerecht und deshalb als vorläufig wahrgenommen wird. Zwar hat sich allgemein die Ansicht durchgesetzt, daß auch hier eine Wiederherstellung aller alten Verhältnisse unmöglich ist, aber ebenso tief sitzt die Überzeugung, daß Rußland nicht ein Staat wie alle anderen ist, sondern von der Geschichte zu einer besonderen Rolle ausersehen wurde. Rußland ist nicht bereit, sich als Teil eines größeren Ganzen wahrzunehmen, es betrachtet sich vielmehr als Kern eines eigenen internationalen Kosmos. Damit unterscheidet sich das russische Selbstverständnis grundsätzlich von dem aller anderen Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. Sie streben nach einer möglichst raschen und vollständigen Integration in die europäischen und atlantischen Institutionen, die sie selbst nicht geschaffen haben, denen sie sich aber nach dem Ende der kommunistischen Diktatur wertemäßig und historisch zugehörig fühlen. Die einzige Ausnahme bildet gegenwärtig das Lukaschenko-Regime in Belarus. Rußland beklagt zwar das Entstehen neuer Grenzen in Europa, ist aber nicht bereit und wohl auch aufgrund des historischen Erbes nicht in der Lage, sich einem größeren Europa mit den Vereinigten Staaten als Führungsmacht einzufügen. Dies Selbstverständnis korrespondiert im übrigen mit der gegenwärtigen Position von EU und NATO, wonach eine Mitgliedschaft Rußlands in diesen Institutionen als nicht möglich eingeschätzt wird: Kooperation ja, Integration nein.

Die kommunistische Ideologie hatte die Welt strikt in Freund und Feind eingeteilt. Die Neutralen bildeten dazwischen eine Grauzone, in der Sozialismus und Kommunismus um Einfluß rangen, der Kampf würde schließlich mit dem Sieg des Sozialismus enden. Manche Denkmuster aus kommunistischer Zeit sind bis heute erhalten geblieben: die Vorstellung von Einflußzonen, die erhalten oder gewonnen werden müssen, das Denken in Kategorien der Parität, des Sieges oder der Niederlage, der Unter- oder Überordnung. Dagegen mangelt es an Verständnis für Kompromiß- und Interessenausgleich, dafür daß der Sieg der einen Seite keineswegs die Niederlage der anderen bedeuten muß.

Der außenpolitische Konsens³¹ kam seit 1991 zuerst darüber zustande, daß das Territorium der ehemaligen UdSSR "vitale Einflußsphäre" Rußlands sei und bleiben müsse. Andere Mächte, seien es die USA, die Türkei oder gar die Taleban hätten keine legitimen Interessen auf diesem eurasischen Territorium. Dabei hielt es Rußland nicht für notwendig, zu dieser geopolitischen Regelung von Einflußzonen das Einverständnis der Betroffenen im "nahen Ausland" einzuholen. Dies hat sich bitter gerächt. Ausgehend von den angeblichen geopolitischen Determinanten zwang Rußland in den Jahren 1992 bis 1994 die widerstrebenden Nach-

³⁰ R. Götz, Besser spät als nie: Der dritte Versuch einer "radikalen Reform" der russischen Wirtschaft. Aktuelle Analysen des BIOst, 23/1997, 4.6.1997.

³¹ O. Alexandrova, Der außenpolitische Konsens in Rußland. Aktuelle Analysen des BIOst, 17/1997, 17.4.1997.

folgestaaten Georgien, Aserbaidshan und Moldova, der GUS beizutreten. Nur die baltischen Staaten durften draußen bleiben; die russischen Truppen wurden aus dem Baltikum abgezogen. Dennoch werden auch die baltischen Staaten nach wie vor als eine Zone besonderer russischer Interessen in Anspruch genommen. Das findet u.a. darin seinen Ausdruck, daß Rußland ihre Aufnahme in die NATO mit noch größerem Aufwand und Nachdruck zu verhindern versucht als hinsichtlich der anderen Staaten Ostmitteleuropas.

Nirgendwo sonst ist der russische Einfluß so – wie es scheint endgültig – zusammengebrochen wie in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes. Die ehemaligen Satelliten wenden sich mit besonderer Radikalität gegen den ehemaligen Hegemon. Rußland hat diese psychologisch verständliche Reaktion durch seine, aus dem patriotischen Konsens abgeleitete Politik gegenüber den ehemaligen Zwangsverbündeten noch verstärkt. Statt in einer radikalen Wende den früher in die Abhängigkeit gezwungenen Staaten nach 1991 als unabhängigen und gleichberechtigten Partnern auf der internationalen Bühne entgegenzukommen, hat sich die russische Politik dazu verleiten lassen, auf letzte Reste von Abhängigkeit zu pochen. Dabei wurde auch versucht, die ökonomische Abhängigkeit der Staaten des früheren Ostblocks auszunutzen – ohne jeden Erfolg, wie sich bald herausstellte.

Das sowjetische Selbstverständnis war wesentlich geprägt durch die (militärische) Parität mit den USA. Auch hier gelingt es nur allmählich und eingeschränkt, Abschied von der alten Rolle zu nehmen. Die politische Elite in Rußland akzeptiert nicht, daß die USA die einzige verbliebene Weltmacht sind. Allenfalls wird dieser Zustand als vorläufig hingenommen. Russische Außenpolitik und Publizistik bezeichnen es als bedrohlich und gefährlich, wenn die USA als Weltpolizist agieren und grundsätzlich jedem ihren politischen Willen aufzuzwingen in der Lage sind. Die internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, gemeinsam auf eine Änderung dieser Verhältnisse hinzuwirken. Außenminister Primakow vertritt mit Nachdruck die These, das internationale System entwickle sich "objektiv" in Richtung auf eine "multipolare" Ordnung. Rußland sei einer dieser Pole. Deshalb könne und dürfe Rußland sich nicht anderen Polen anschließen.³²

In der diplomatischen Sprache werden die USA als "weder Feind noch Verbündeter" bezeichnet, die Massenmedien dagegen verbreiten eine gehörige Dosis antiamerikanischer Aggressivität und Arroganz. In der Distanz zum Westen und zur Führungsmacht USA wird geradezu eine Voraussetzung für eine selbständige Rolle Rußlands in der internationalen Politik gesehen. Eine einseitige Westbindung, die um 1990 für kurze Zeit die zukünftige Strategie Rußlands zu sein schien, steht im klaren Widerspruch zum patriotischen Konsens. Die Westpolitik muß – nach der Überzeugung des neuen Konsenses – vielmehr ergänzt und ausgewogen werden durch eine aktive Politik nach Osten, um einseitige Abhängigkeit und Bindung zu vermeiden. Die russische Politik favorisiert in Asien insbesondere Partner, die sich mit den USA in einem offenen oder latenten Konflikt befinden, vor allem den Iran. Auch die Vertiefung der Beziehungen zu China hat hohe Priorität, wobei die russische Politik deutlich macht,

³² Ebenda, S. 2.

daß die Menschenrechtsfrage, die immer wieder die Beziehungen zwischen China und dem Westen belastet, für Rußland kein Stein des Anstoßes ist.

Manche tagespolitischen Probleme sind zu einem Teil des patriotischen Konsenses geworden und haben damit prinzipiellen Charakter angenommen, der ihnen bei nüchterner Abwägung der Interessen Rußlands nicht zukommt. Dazu zählen etwa der russische Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung oder der Anspruch auf Sewastopol als Teil Rußlands, aber auch die vergleichsweise zweitrangige Frage des Eigentums an der sogenannten Beutekunst aus dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Ende des Kommunismus sind Kunst- und Kulturschätze in großer Zahl aufgetaucht, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg aus vielen Ländern (auch formal verbündeten Staaten) durch die Rote Armee in die Sowjetunion verbracht worden waren. Ihr Verbleib war in sowjetischer Zeit unbekannt gewesen. Nach dem Völkerrecht muß solche Kriegsbeute zurückgegeben werden. In diesem Sinn hat die russische Regierung mit Deutschland verbindliche Regelungen über die Rückführung abgeschlossen. Dennoch hat sich in Rußland in den vergangenen Jahren ein fast alle politischen Gruppierungen übergreifender Konsens gebildet, wonach die Beutekunst Rußland gehört und nicht zurückgegeben werden darf – als geringfügige Kompensation für die ungeheuren Kriegsverluste. Beide Kammern des russischen Parlaments haben 1995 und 1996 in mehreren Durchgängen und mit einer Mehrheit von deutlich über zwei Drittel der Abgeordneten ein Gesetz beschlossen, das die erbeuteten Kulturgüter zum Eigentum des russischen Staates erklärt. Zwar hat Jelzin das Gesetz bisher wegen fortbestehender völkerrechtlicher Einwände nicht unterzeichnet, dennoch dürfte sich keine russische Regierung in absehbarer Zeit bereit finden, die seinerzeit in die UdSSR verbrachten Kulturgüter in nennenswertem Umfang zurückzugeben. Der patriotische Konsens läßt dies nicht zu.

In ähnlicher Weise hat sich die russische Politik in den Fragen der Osterweiterung der NATO und des Status der Stadt Sewastopol in eine Sackgasse hineinmanövriert. Rationale Politik ist in beiden Fällen nicht betrieben worden, denn die Positionen des patriotischen Konsenses waren und sind nicht durchsetzbar. Hinsichtlich der NATO-Osterweiterung hat die russische Regierung dies auch von sich aus immer wieder deutlich gemacht und erklärt, Rußland habe kein Veto-Recht. Das hat die offizielle Politik und die Medien jedoch nicht gehindert, seit Herbst 1993 in an- und abschwellenden Wellen eine an sowjetische Zeiten erinnernde gewaltige Kampagne gegen die Öffnung der NATO nach Osten ins Werk zu setzen. Die Aufnahme der Ostmitteleuropäer in die NATO sei die größte (und teuerste) Fehlentscheidung des Westens seit dem Zweiten Weltkrieg, hieß es. Dadurch würden neue Gräben in Europa aufgerissen und den Rot-Braunen in Rußland der Weg an die Macht gebahnt. Die NATO fiele den demokratischen und marktwirtschaftlichen Kräften im Lande in den Rücken. Die Kampagne erreichte hysterische Höhenlagen, als der Präsident davon sprach, die NATO-Öffnung werde "in ganz Europa die Flamme des Krieges entfachen".³³

³³ Jelzin: Ost-Erweiterung der NATO wird in ganz Europa die Flamme des Krieges entfachen, in: FAZ, 9.9.1995; F. Walter, Rußland und die NATO-Osterweiterung, in: Osteuropa, 46, August 1996, S. 741-757.

Der Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung war keine kühl kalkulierte Interessenpolitik, er war vielmehr ein Katalysator des patriotischen Konsenses. Die Einigkeit fast aller politischen Gruppierungen fiel um so leichter, als die innenpolitischen Konfliktfelder ausgespart blieben, und man sich gegen einen gemeinsamen äußeren Feind solidarisieren konnte, von dem die meisten wußten, daß er weder ein Feind noch gefährlich war. Man wärmte sich in der Rhetorik aneinander, ohne daß irgendwelche negativen Gegenreaktionen auf westlicher Seite zu befürchten waren. Im Gegenteil, der Westen antwortete auf die geschlossene antiwestliche Rhetorik mit Beschwichtigungen und Angeboten zur Zusammenarbeit. Fraglich ist, wie weit die Einigkeit der politischen Klasse in dieser Sache in die Gesellschaft insgesamt hineinreichte. Umfragen zeigten eher ein Desinteresse der Menschen an der NATO-Erweiterung. Bemerkenswert bleibt, daß die wenigen führenden Politiker, von denen – wie im Falle Gajdar – bekannt war, daß sie in der NATO-Öffnung keine Verletzung der russischen nationalen Interessen sahen, es vorzogen, während der Kampagne weitgehend zu schweigen.

Die Njet-Rhetorik wirkte konsolidierend nach innen, hat aber den auswärtigen Interessen Rußlands erheblichen Schaden zugefügt. Vor allem hat die Anti-NATO-Kampagne zu einem weiteren Prestige- und Einflußverlust Rußlands in Ostmitteleuropa und in den Ländern der GUS geführt. Nicht nur die ersten Beitrittskandidaten Polen, Ungarn und Tschechien sahen sich durch die russische Rhetorik in ihrem Drängen nach rascher NATO-Mitgliedschaft bestärkt. Auch in Bulgarien, einem traditionell prorussischen Land, wird immer lauter nach der NATO-Mitgliedschaft gerufen. Vor allem aber in der GUS, die Rußland immer wieder plump, lautstark und öffentlich als seinen Einflußbereich reklamiert, wächst die Distanz. Die ukrainische Führung hat seit längerem deutlich gemacht, daß sie gegen die Osterweiterung der NATO unter bestimmten Voraussetzungen keine Einwände hat. Im Januar 1997 erklärte Präsident Karimow in Prag, Usbekistan sehe in der Erweiterung der NATO keine Bedrohung für irgendeinen Staat. Statt der von Rußland gewünschten Reintegration hat die NATO-Polemik dazu beigetragen, daß die Entfremdung zu den beiden bedeutendsten Nachfolgestaaten in Europa und Asien, zur Ukraine und zu Usbekistan, zunimmt. Auch die georgische Führung ging auf Distanz zur russischen Position in der NATO-Frage und hat inoffiziell sogar den Wunsch angemeldet, selbst Mitglied der NATO zu werden. Den Anspruch Moskaus auf den Kaukasus als alleinige Einflußsphäre Rußlands wies Staatschef Schewardnadse öffentlich zurück: "Von einem Monopol zu sprechen, entbehrt jeder Grundlage."³⁴

Eine ähnliche Wirkung wie die NATO-Rhetorik hat das Hochspielen des Konflikts um die Stadt Sewastopol: Konsolidierung des Patriotismus im Inneren und Isolierung nach außen. Das Verhältnis zur Ukraine ist seit 1991 durch ein ständiges Auf und Ab, die Zuspitzung von Konflikten und eine relative Entspannung gekennzeichnet gewesen. Alle konkreten Auseinandersetzungen – um die Schwarzmeerflotte, die Atomwaffen, die russischen Energielieferungen oder um die Krim – müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Ukraine in Rußland vielfach nicht als etwas Dauerhaftes und Endgültiges akzeptiert werden. Deshalb besteht die Gefahr, daß einzelne Konflikte

³⁴ Schewardnadse warnt vor "Dramatisierung", in: FAZ, 15.2.1997.

grundsätzlichen Charakter annehmen und damit eine Bedeutung erhalten, die über den Streit in der Sache weit hinaus geht.

Im Sommer 1996 schienen die ukrainisch-russischen Beziehungen in ruhigeres Fahrwasser gekommen zu sein. Die ukrainische Regierung hatte sich nachdrücklich für die Wiederwahl Jelzins eingesetzt. Da brach im Herbst – sicher nicht zufällig nach dem Abschluß des Waffenstillstandes in Tschetschenien – eine neue anti-ukrainische Kampagne in Rußland los. An die Spitze der Aktion "Sewastopol gehört zu Rußland" stellte sich der Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow, der als einer der Bewerber für die Präsidentschaft nach Jelzin gilt. Bereits der Oberste Sowjet hatte die territoriale Integrität der Ukraine in Frage gestellt und im Mai 1992 die 1954 erfolgte Angliederung der Krim an die Ukrainische SSR "für null und nichtig von Anfang an" erklärt. Im Juli 1993 hatte er beschlossen, Sewastopol – Hauptquartier der Schwarzmeerflotte – sei und bleibe Teil der Rußländischen Föderation. Am 5. Dezember 1996 verabschiedete nun der Föderationsrat fast einstimmig eine von Lushkow im Oberhaus eingebrachte Resolution, in der die Rückgabe Sewastopols an Rußland gefordert wird. Begründet wird der Anspruch durch die abenteuerliche Rechtskonstruktion, Sewastopol sei 1954 gar nicht in die Administration der Ukrainischen SSR übergegangen, weil die Stadt den Status der direkten Unterstellung unter die RSFSR und nicht unter das Gebiet Krim besessen habe.³⁵ Lushkow kann mit seiner Position, "die Stadt wird zu Rußland zurückkehren"³⁶, auf breite Solidarität in den Eliten und in der Bevölkerung zählen. Bei einer gesamtußländischen Umfrage im Dezember 1996 stimmten 76,5% der Befragten dem populären Moskauer Bürgermeister zu, daß Sewastopol russisch sei.³⁷

Rhetorik und Realität

Die große Anziehungskraft der patriotischen Ideologie beruht darauf, daß sie scheinbar die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit überbrückt. Wunsch und Wirklichkeit gehen in der Rhetorik ineinander über. Die ökonomischen, politischen und militärischen Realitäten und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse geraten aus dem Blickfeld. Das Auseinandertreten von Ideologie und Wirklichkeit und zugleich ihre schizophrene Einheit erinnern an kommunistische Denk- und Verhaltensmuster. Der relative Erfolg des kommunistischen Regimes beruhte auch auf seiner Fähigkeit, mehr zu scheinen als zu sein, den Wunsch und den Anspruch für die Wirklichkeit auszugeben. Reale ökonomische, soziale und politische Erfolge und Leistungen wurden durch geschichtsteleologische Behauptungen vom notwendig bevorstehenden Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab ersetzt. Das Auseinanderklaffen einer präntiösen politischen Rhetorik und den tatsächlichen Verhältnissen gehörte zur elementaren Lebenswirklichkeit im realen Sozialismus.

³⁵ Ju. Lužkov, 'Sevastopol' - rossijskij gorod na Krymskom poluostrove, in: *Izvestija*, 1.11.1996; Provokation der Ukraine im russischen Oberhaus, in: *NZZ*, 6.12.1996.

³⁶ *Literaturnaja gazeta*, 22.1.1997, S. 3.

³⁷ *Argumenty i fakty*, 4.1.1997, S. 16.

Es besteht allerdings gegenwärtig ein deutlicher Unterschied zur kommunistischen Zeit. Die Realien werden heute, jedenfalls in einem Teil der öffentlichen Meinung, schonungslos beim Namen genannt. Der Bürger, der sich dafür interessiert, kann erfahren, daß Rekruten auf der Straße um Geld betteln, daß Millionen von Arbeitnehmern keinen Lohn erhalten, daß manche Rentner hungern und daß sich das Bruttoinlandsprodukt Rußlands in der Größenordnung von jenem der Niederlande bewegt.³⁸ Auch der Präsident stimmt in die öffentliche Empörung mit ein, und die Selbstgeißelung ist geradezu zu einem Bestandteil des patriotischen Konsenses geworden. Um so drastischer klappt der Abstand zu dem zugleich vorgetragenen Anspruch, Rußland müsse in Zukunft wieder eine Rolle spielen wie die USA.

Patriotische Rhetorik hat eine Ersatzfunktion, sie schützt vor der unwirtlichen Realität, und sie stützt das angeschlagene Selbstwertgefühl der Großmacht. Symbolische Politik – wie die jährlichen Siegesfeiern über Deutschland am 9. Mai – und Prestigeerfolge – wie die Teilnahme Rußlands an den Gipfeltreffen der G 7 – erhalten vor diesem Hintergrund ihre besondere Bedeutung. Hier wird die Anerkennung durch die anderen manifestiert und so die Selbstachtung gestärkt.

Hinzu kommt, daß Großmacht-Rhetorik sich in bestimmten Bereichen der internationalen Politik auszahlt. Dem ersten Außenminister des neuen Rußland zwischen 1991 und 1995, Andrej Kossyrew, ist von seinen Kritikern im Lande der Vorwurf gemacht worden, er habe die russischen Interessen nicht kraftvoll, nachdrücklich und laut genug vertreten. Starke Rhetorik angesichts tatsächlicher Schwäche, verbunden mit dem Appell an das Einfühlungsvermögen des Partners können im Verhältnis zu einem prinzipiell wohlwollend eingestellten Partner – dies ist die westliche Staatengemeinschaft – zu erfolgreicher Politik führen. So hat die NATO auf die russischen Drohgebärden angesichts der NATO-Öffnung nicht mit gleicher Münze heimgezahlt, sondern Angebote zur Kooperation gemacht und ist in einigen wesentlichen Fragen dem russischen Sicherheitsbedürfnis entgegengekommen, ohne im Gegenzug eine Zustimmung Rußlands zur Osterweiterung zu erhalten oder auch nur zu verlangen. Solche Erfolge rhetorischer Politik sind nicht ohne Gefahren, weil sie zu dem Schluß verführen können, politische Partner oder Gegner hielten stets den Anspruch für Realität, ließen sich durch Drohgebärden beeindrucken, und es sei deshalb ohne Risiko, eine Politik des Als-ob zu betreiben.

Die Anspruchs-Rhetorik der russischen Hegemonialmacht hat bisher nicht zu einer gravierenden Störung im Verhältnis zum Westen geführt, weil die NATO-Staaten der Einbindung Rußlands in ein internationales Geflecht von Kooperation und Konsultation oberste Priorität einräumen. Dagegen haben die Nachbarn Rußlands durchaus anders reagiert – wie im vorigen Kapitel gezeigt wurde. Die drastische Einfluß-Rhetorik hat in vielen Fällen den Verlust von Einfluß zur Folge gehabt.

Die Selbsteinschätzungen, Ansprüche und Erwartungen des patriotischen Konsenses stehen zumeist in einem Spannungsverhältnis zur Wirklichkeit, in manchen Fällen sind sie schlicht ohne realen Boden. So vollzieht sich entgegen den Erwartungen keine Reintegration im Rah-

³⁸ Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1996, S. 622.

men der GUS. In vielen Fällen wächst vielmehr die Distanz zu Rußland. Auch die neue Union mit Belarus kann über diesen Sachverhalt nicht hinwegtäuschen. Die rußländische Nation wird von den nichtrussischen Völkern vielfach nicht als Zukunftsprojekt zur Lösung der nationalitätenpolitischen Probleme akzeptiert; man argwöhnt vielmehr eine Neuauflage des Projektes "Sowjetvolk". Rußland hat die NATO-Öffnung nicht verhindern können. Was die Stadt Sewastopol angeht, dürften sich alle verantwortlichen russischen Politiker darüber im klaren sein, daß unter den heutigen Gegebenheiten keine ukrainische Regierung über einen Anschluß Sewastopols an Rußland auch nur verhandeln wird. Der Versuch einer gewaltsamen Okkupation würde voraussichtlich nicht nur ganz Osteuropa destabilisieren, sondern auch zu einem neuen Kalten Krieg mit dem Westen und verheerenden wirtschaftlichen Folgen für Rußland führen. Niemand, auch nicht Lushkow, dürfte zu einem solchen Risiko bereit sein. "Sewastopol – eine Stadt in Rußland" ist also eine utopische Forderung; mag sein, daß sie gerade deshalb dem russischen Patriotismus so lieb ist.

Wenn ideologische Positionen unversöhnlich auf die harte Wirklichkeit treffen, bestehen grundsätzlich zwei Möglichkeiten der Reaktion. Ein Weg führt über Frustration und Aggressivität zur weiteren Verhärtung des ideologischen Standpunktes und zu politischem Radikalismus. Aber der Konflikt von Anspruch und Wirklichkeit kann auch zur flexiblen Anpassung an die Realität, zu Kompromißbereitschaft und pragmatischen Lösungen den Weg ebnen. In zwei der oben behandelten Problemfelder – NATO-Osterweiterung und ukrainisch-russische Beziehungen – hat sich in der russischen Politik in der ersten Jahreshälfte 1997 der Pragmatismus durchgesetzt. Natürlich gibt es keine Garantie dafür, daß dies ein endgültiger Durchbruch ist; ein Rückfall in eine restaurative Aggressivität kann nicht ausgeschlossen werden. Obwohl die russische Regierung und Publizistik lange Zeit jede Möglichkeit einer westlichen Kompensation für die NATO-Erweiterung brüsk zurückgewiesen hatten, unterzeichnete Jelzin am 27. Mai 1997 mit den Staatsefs der 16 NATO-Mitgliedsstaaten eine Grundakte über Partnerschaft und Zusammenarbeit. Rußland blieb zwar formal auch danach bei seinem Widerstand gegen die Aufnahme ostmitteleuropäischer Staaten in die NATO, de facto verpflichtete es sich jedoch in der neuen Charta, sich jeder Art von Gegenmaßnahmen zu enthalten. Inhalt, Wortwahl und Geist der Grundakte stehen in scharfem Kontrast zur Krieg-in-sich-Rhetorik, mit der Rußland zuvor jahrelang versucht hatte, die NATO-Öffnung zu verhindern oder zumindest um viele Jahre hinauszuschieben. Die NATO und Rußland "betrachten einander nicht als Gegner", heißt es in der Akte, beide Seiten verpflichten sich vielmehr, "ein stabiles, friedliches und ungeteiltes Europa aufzubauen", auf der Basis "gemeinsamer Werte, Verpflichtungen und Verhaltensnormen". Es wird nicht nur ein ständiger Dialog der Militärs vereinbart, sondern "die Entwicklung eines Konzepts für gemeinsame friedenserhaltende Operationen der NATO und Rußlands" in Aussicht genommen.³⁹

Auf dem Hintergrund des in Jahren gewachsenen publizistischen Konsenses gegen die NATO-Erweiterung war öffentlicher Widerstand und Entrüstung gegen dies "Umfallen" der Jelzin-Führung zu erwarten. Nichts dergleichen geschah jedoch. Zwar gab es einige kritische

³⁹ NATO - Russia Founding Act, in: U.S. Information and Texts, 4.6.1997, S. 20-24.

Stimmen aus dem kommunistischen und national-radikalen Lager, im allgemeinen überwogen jedoch verhaltene Zustimmung, vor allem aber beredtes Schweigen. Alexander Lebed, einer der Wortführer der Großmacht-Rhetorik, distanzierte sich sogar von einem ihm zugeschriebenen Verrat-an-Rußland-Artikel in der "Iswestija" und stellte in der ihm eigenen lapidaren Soldatenart fest: "Man kann winseln und kreischen, aber die NATO wird sich doch erweitern. Weil sie heute gesund und reich, wir aber klein und arm sind."⁴⁰ Diese Selbsteinschätzung steht in starkem Kontrast zu einer vollmundigen Sentenz des Generals a.D. aus dem Jahre 1995: "Wir Russen, wir können alles."⁴¹

Fürs erste ist der öffentliche Diskurs weithin der pragmatischen Wende der russischen Diplomatie gefolgt. Dabei hat die Einsicht in die realen Handlungsbedingungen des Landes sich durchgesetzt: "Sich auf einen neuen Rüstungswettlauf einlassen, wenn die Militärausgaben der NATO so hoch sind wie das gesamte Bruttoinlandsprodukt Rußlands – das ist ein unsinniges Abenteuer", schrieb Rogow, der Direktor des USA- und Kanada-Instituts der Rußländischen Akademie der Wissenschaften.⁴² Zugleich fühlt sich das russische Prestigebedürfnis dadurch geschmeichelt, daß sich im neugeschaffenen NATO-Rußland-Rat nun ständig alle NATO-Staaten auf der einen Seite des Tisches und Rußland auf der anderen als gleichberechtigte Subjekte nach der Formel 1+1 gegenüberstehen, ähnlich wie der russische Präsident beim G 7-Gipfel als achter Teilnehmer einen eigenständigen Part spielt und sozusagen den anderen Sieben als selbständiger Partner gegenübersteht. In beiden Fällen handelt es sich um symbolische Gesten und nicht um die Anerkennung realer Kräfteverhältnisse. Der Westen ist den Präntationen des russischen Patriotismus symbolisch entgegengekommen – gewissermaßen als Ausgleich für die russische Wende zur Realpolitik in der Sache.

Eine vergleichbare Wende vollzog sich im Frühjahr und Sommer 1997 im Verhältnis zur Ukraine. Nachdem Jelzin seit 1992 wieder und wieder einen offiziellen Besuch in Kiew abgesagt hatte, unterzeichnete er am 31. Mai 1997 in der ukrainischen Hauptstadt mit Präsident Kutschma den seit Jahren verhandelten "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft".⁴³ Entgegen den wiederholten Beschlüssen des russischen Parlaments und den ständigen Ansprüchen in der russischen Publizistik stellt der Vertrag fest, daß beide Staaten "gegenseitig die territoriale Integrität achten und die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenzen bestätigen". Beide Seiten bezeichnen sich als "gleichberechtigte und souveräne Staaten". Indirekt wird die große russische Bevölkerungsgruppe von etwa 11 Millionen Menschen – ebenso wie die Ukrainer in Rußland – als "nationale Minderheit" eingestuft, wogegen auf russischer Seite aus Prestigegründen erhebliche Vorbehalte bestanden. Gleichzeitig mit diesem allgemeinen Vertrag wurden Regelungen zur Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Grundlage eines Pachtvertrages für die nächsten 20 Jahre getroffen. In fast allen anderen Bereichen stehen allerdings konkrete Vereinba-

⁴⁰ Dochlaja koška dlja Lebedja, in: Literaturnaja gazeta, 4.6.1997, S. 1; A. Lebed', Rossii podbrošili dochluju košku, in: Izvestija, 27.5.1997, S. 4.

⁴¹ A. Lebed', Za deržavu obidno..., Moskau 1995, S. 439.

⁴² S. Rogov, My lišaem Zapad sbodody ruk, in: Izvestija, 27.5.1997, S. 2.

⁴³ Rossijskaja gazeta, 5.6.1997.

rungen zur Zusammenarbeit, wie sie der Freundschaftsvertrag in Aussicht stellt, noch aus. Anders als die Grundakte muß der Freundschaftsvertrag von den Parlamenten ratifiziert werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Duma bereit ist, der pragmatischen Wende der Regierung gegenüber der Ukraine zu folgen.

Während die Festigung und Sicherung der Eigenstaatlichkeit für die ukrainische Führung das unverrückbare strategische Ziel der Politik ist, erweckte das diktatorische Lukaschenko-Regime in Belarus in den vergangenen Jahren immer wieder den Eindruck, für die Wiederherstellung der UdSSR und der Sowjetordnung sei man bereit, die weißrussische staatliche Selbständigkeit aufzugeben. Die von Lukaschenko angebotene Vereinigung von Belarus mit Rußland beflügelte den patriotischen Konsens. Die vaterländische Rhetorik sah sich in ihren kühnsten Erwartungen bestätigt und betrachtete die – wie es schien – unmittelbar bevorstehende staatliche Vereinigung als den Beginn des Wiedererstehens eines großen Rußlands, zumal diese Westverschiebung Rußlands zumindest teilweise der Ostverschiebung der NATO entgegenwirkte. Aber auch in diesem Fall mußten sich Rhetorik und patriotische Ideologie in erheblichem Umfang der Realität beugen.

Zwar unterzeichneten Rußland und Belarus am 2. April 1997 einen Vertrag über eine Union und am 23. Mai 1997 das dazugehörige Statut, aber die Union trägt eher Züge eines Staatenbundes als eines Bundesstaates.⁴⁴ Das Statut ist voller Widersprüche und beruft sich einerseits auf den "Willen der Völker zum Zusammenschluß beider Staaten", gründet aber andererseits die Union "auf die Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten". Die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und einer gemeinsamen Währung werden im Statut lediglich als Zukunftsaufgaben beschrieben. Die Organe des Bundes funktionieren nach dem Prinzip "ein Staat – eine Stimme". Dies dürfte angesichts des extremen realen Ungleichgewichts beider Partner eine wirkliche Vereinigung blockieren.

Weil die Union trotz mancher Abstriche zumindest mit ihren Zukunftsperspektiven den Hoffnungen des patriotischen Konsenses entspricht, wurden Vertrag und Statut umgehend und beinahe einstimmig von der Duma ratifiziert. Wie in anderen Fällen auch, stand die konsolidierende Wirkung im Inneren jedoch im Gegensatz zu einer destabilisierenden Außenwirkung. Die ohnehin unter Substanzverlust leidende GUS erhielt einen neuen Tiefschlag. Der usbekische Präsident Karimow sah in der Union einen Versuch, "eine neue Art UdSSR zu schaffen", denn die russische Führung hofft, "andere Staaten der GUS hineinzuziehen". Der aserbajdschanische Präsident Alijew äußerte sich noch schärfer und sagte, Rußland und Belarus hätten sich auf eine Sache eingelassen, "die vollständig ohne Perspektive und Nutzen" ist.⁴⁵

Das Auseinandertreten von Rhetorik und Realität ist ein in der Politik stets gegenwärtiger Sachverhalt. In Rußland ist die Kluft jedoch größer als in westlich-demokratischen Systemen. Rhetorik und Realpolitik scheinen sich oft auf verschiedenen Ebenen unverbunden nebenein-

⁴⁴ Ustav Sojuza Belarusi i Rossii, in: Rossijskaja gazeta, 24.5.1997.

⁴⁵ Ё. Achundova, Gejdar Alijev sčitaet, čto Rossija i Belorussija zanimajutsja bezperspektivnym delom, in: Literaturnaja gazeta, 25.6.1997.

ander zu bewegen und der je eigenen Dynamik zu folgen. Die Rhetorik erlaubt keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Verhalten in der Zukunft, ja sie desinformiert geradezu über das geplante Zukunftsverhalten.

Wie kann westliche Politik angemessen auf die politische Rhetorik reagieren? Im konkreten Fall der NATO-Öffnung ist dies eine akute Frage im Blick auf eine zweite Erweiterungsrunde, in der die baltischen Staaten zum Zuge kommen könnten. Dagegen macht die russische Publizistik bereits heute mobil. "Ein ... Fehler wäre insbesondere, eine zweite Erweiterung der NATO ins Auge zu fassen und etwa die Einbeziehung der baltischen Staaten ernstlich zu diskutieren. Dies könnte eine ernsthafte Krise in Europa nach sich ziehen und gewaltsame Widerstände schlimmster Art provozieren...", erklärte Karaganow, Vorsitzender des einflußreichen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik.⁴⁶ Hier bahnt sich eine neue Auseinandersetzung zwischen Rußland und der NATO an.

Nach der vorliegenden Erfahrung kann die Empfehlung an die westliche Politik nur lauten, der Rhetorik keine Bedeutung beizumessen. Die Erfahrung spricht dafür, daß russische Politik auch in Zukunft sorgfältig das eigene Risiko abwägen wird und dabei selbstverständlich jene Konzessionen nutzen wird, die der Partner aufgrund rhetorischer Drohgebärden zu machen bereit ist. Eine Unsicherheit bleibt insofern bestehen, als es weder hinsichtlich des Zeitpunktes noch des Ausmaßes eine Garantie für das Einschwenken russischer Politik auf einen pragmatischen Kurs geben kann. Bei den oben behandelten Sachverhalten hat die Rückkehr Jelzins in die Politik zu Beginn des Jahres 1997 eine entscheidende Rolle für die Wende zu pragmatischen Lösungen gespielt. Im Jahre 1996 war der Präsident zunächst wegen des Wahlkampfes und seit Juni aus Krankheitsgründen kaum handlungsfähig. Eine andere Persönlichkeit als russischer Präsident wäre gewiß im einzelnen anders vorgegangen. Dennoch gibt es aus der historischen Erfahrung mit Rußland und der Sowjetunion gute Gründe anzunehmen, daß russische Politik trotz haarsträubender Rhetorik und grober Fehleinschätzungen immer wieder in der Lage sein wird, zu einer kühlen Kalkulation des Risikos und pragmatischen Entscheidungen zurückzukehren.

Die russische Idee und die Zukunft Rußlands

Der neue russische Patriotismus hat zwar zu einer gewissen inneren Stabilität beigetragen, die Krise der politischen Identität hat er nicht gelöst. Der patriotische Konsens ist kontinuierkeitsbezogen, restaurativ und nostalgisch. Zwar geht es nicht um die Wiederherstellung des Sowjetsystems, weil ein solches Ziel als sinnlos und utopisch gilt. Aber die russische Idee ist doch in erster Linie ein rückwärts gewandter Traum und nicht eine realistische Vision für die Zukunft. Insofern unterscheidet sich der neue russische Patriotismus von den Zukunftsvisionen in den anderen Staaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, für die der Wunsch nach Integration in die westeuropäisch-atlantische Gemeinschaft und deren Strukturen die bestimmende Zukunftsperspektive ist. Aus einer solchen Vision ergeben sich Handlungsoptionen für

⁴⁶ 108. Bergedorfer Gesprächskreis: Was bewegt Rußland?, 30.11.-1.12.1996, Moskau, Hrsg: Körber-Stiftung Hamburg, S. 39.

die Politik, die insgesamt auf ein Ziel orientiert ist, das grundsätzlich als real und erreichbar gilt. Im Gegensatz dazu – das hat diese Untersuchung gezeigt – ist russische Realpolitik die Abkehr vom russischen Traum. Der neue russische Patriotismus vermag nicht die Kluft zwischen Wünschen und Ansprüchen auf der einen Seite und den realen Möglichkeiten in der Politik andererseits zu überbrücken. Die Politik bleibt vielmehr vor die Wahl gestellt, entweder illusionären Zielen und Präntionen nachzujagen oder sich auf die Realitäten und Risiken einzustellen und im Gegensatz zu den patriotischen Träumen zu handeln. Zwar decken sich auch sonst Visionen und Realien nicht; der American dream ist eine Sache, die amerikanische Realität eine andere. Dennoch war und ist das Ideal ein Maßstab und eine Aufforderung zur Korrektur der Wirklichkeit. Der neue russische Patriotismus dagegen bildet eine Barriere für Realpolitik, die sich entgegen dem Traum jedesmal Durchbruch verschaffen muß. Der Grund liegt darin, daß die russische Idee von heute sich nicht der radikal veränderten Wirklichkeit stellt, sie akzeptiert und von ihr ausgehend nach einer Vision für die Zukunft sucht. Der Patriotismus versucht vielmehr, die Brüche der russischen Geschichte im 20. Jahrhundert zu überdecken, er begreift das Ende des Imperiums als Verlust, der nach Möglichkeit begrenzt werden muß.

Insofern unterscheidet sich der neue russische Patriotismus grundsätzlich vom europäischen Nationalismus, der auf die Bildung oder Wiederherstellung eines Nationalstaates gerichtet war. Dieser Staat wurde und wird von einem zur Nation gewordenen Ethnos getragen. Dabei ging in vielen Fällen – z.B. im deutschen – die Nationsbildung der Staatsbildung voraus. Anders in Rußland: Hier ist der Staat seit Jahrhunderten eine Realität, die das Leben der Gesellschaft und des einzelnen nachdrücklich prägt und bestimmt. Eine russische Nation existiert dagegen nach vielfacher Selbsteinschätzung bis heute nicht.⁴⁷ Auch der neue Patriotismus ist nicht auf die Bildung einer russischen Nation gerichtet, sondern – wie gezeigt wurde – auf die rußländische Nation fixiert. Dabei bleibt der Verdacht, daß die rußländische Nation die Sehnsucht nach einer imperialen Reichsnation auf reduziertem Anspruchsniveau ist. Eine russische Nation erscheint dem Patriotismus als etwas zu Kleines und Geringes für Rußland. Während der patriotische Konsens dem Projekt einer größeren rußländischen Nation nachhängt, machen sich die extremistischen Rechten und faschistischen Gruppen für die russische Nation stark. Dadurch erhält das Eintreten für die Belange der russischen Nation leicht den Beigeschmack von Antisemitismus, Intoleranz und Chauvinismus. Die Verknüpfung von russisch-nationalem und liberalem Gedankengut war stets schwach, daran hat der Umbruch von 1991 nichts geändert.

Auch in anderen Bereichen ist der neue Patriotismus eher Ausdruck der Orientierungslosigkeit als einer realistischen Vision für die Zukunft. Soziologische Untersuchungen zeigen, daß die meisten Menschen sowohl in Rußland wie in der Ukraine "keine eindeutige Vorstellung davon haben, in welcher Gesellschaft sie leben wollen und in welcher Richtung sich der Staat

⁴⁷ K. Kas'janova, *Predstavljaem li my, russkie, naciju?*, in: Inoe. Chrestomatija novogo rossijskogo samosoznanija. Hrsg. S.B. Černyšev. Bd. I, Moskau 1995, S. 131-164; I.M. Kljamkin/V.V. Lapkin, *Russkij vopros v Rossii*, in: *Polis*, 5/1995, S. 79.

entwickeln soll".⁴⁸ Die russische Idee ist angesichts dieser Unsicherheit und Labilität kein Wegweiser in die Zukunft, keine "Ideologie der rußländischen Modernisierung" mit dem Ziel "der Verwandlung Rußlands in einen zeitgemäßen, zivilisierten Staat".⁴⁹

Tim McDaniel hat in überzeugender Weise die These vertreten, daß die russische Idee seit 150 Jahren ein unüberwindliches Hindernis für den Eintritt Rußlands in die Moderne gewesen ist. Der wiederholte Versuch einer "Kombination despotischer staatlicher Gewalt, rascher Modernisierung und Propagierung eines Gesellschaftsmodells, das ganz anders als das westliche ist und ihm in vielen Fällen feindlich gegenübersteht", sei gescheitert. Denn die russische alternative Vision von Modernität "hat immer im Widerspruch zu entscheidenden Imperativen moderner großer Gesellschaften gestanden".⁵⁰ Zu den Funktionsbedingungen der modernen westlichen Gesellschaft gehören Rationalität und Effizienz, Institutionalisierung und feste Spielregeln, Mobilisierung der Initiative des einzelnen, Zurückdrängung staatlicher Allzuständigkeit und globale Öffnung von Staat und Gesellschaft. In zentralen Bereichen vertritt die russische Idee abweichende Ideale und folgt anderen Traditionen. An die Stelle bürokratischer Effizienz treten Personenbeziehungen. Gerechtigkeit als moralisches Prinzip gilt mehr als das formale Recht. Gleichheit steht höher als Selbsttätigkeit und Freiheit. "Gemeinschaft im Gegensatz zu Gesetz, abstrakten Vereinigungen, formaler Organisation und gegenseitigem Interesse: dies war die Vision der russischen Idee."⁵¹

Auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ist der Glaube an die Allzuständigkeit des patriarchalischen Staates ungebrochen. Das Nichtfunktionieren staatlicher Institute in der Wirklichkeit hat diesen Glauben nicht erschüttern können, er ist mit der Sehnsucht nach Law and order eher noch gewachsen. Zuständig und verantwortlich ist der Staat aber auch für die "Formierung der Ideologie"⁵² ebenso wie für das Wohlergehen der Dichter und Schriftsteller.⁵³ Was die Öffnung Rußlands zur Welt angeht, fehlt es nicht an demonstrativen Bekenntnissen zur globalen ökonomischen und politischen Integration, tatsächlich jedoch fördert der neue Patriotismus die in Rußland stets latent vorhandenen Tendenzen zu Abschließung und Autarkie. Auch hier reicht das Spektrum sehr weit, vom ökonomischen Protektionismus für das "vaterländische Bankwesen" bis zur wachsenden Abschottung der Russischen Orthodoxen Kirche von anderen christlichen Glaubensgemeinschaften. Nur mit Mühe konnte die Leitung des Moskauer Patriarchats auf der Bischofssynode im Februar 1997 einen Beschluß über

⁴⁸ E.I. Golovacha, Postkommunističeskoe razvitie Ukrainy i Rossii, in: Zaslavskaja (Hrsg.), S. 53.

⁴⁹ Stanovlenie novoj rossijskoj gosudarstvennosti, S. 139

⁵⁰ T. McDaniel, The Agony of the Russian Idea, Princeton, N.J. 1996, die Zitate S. 23. Die Gegenthese, daß eine alternative russische Kultur seit je Träger demokratischer und zivilgesellschaftlicher Werte gewesen sei, wird in einer anderen Monographie vertreten: N.N. Petro, The Rebirth of Russian Democracy. An Interpretation of Political Culture, Cambridge, Mass. 1995.

⁵¹ McDaniel, S. 45.

⁵² R.G. Janovskij, Poisk narodnoj idei, in: Sociologičeskie issledovanija, 5, 1997, S. 16.

⁵³ Otkrytoe pis'mo poëta Evgenija Evtušenko, in: Literaturnaja gazeta, 2.7.1997, S. 2.

den Ausstieg der Russischen Orthodoxen Kirche aus dem Weltkirchenrat in Genf verhindern. Der Druck gegen die ökumenische Bewegung wächst von unten.⁵⁴

Distanz und das Bewußtsein der Überlegenheit gegenüber dem Westen verbinden Rußland mit vielen Kulturregionen außerhalb Europas und Nordamerikas. Sie sind ein zweifelhafter Wegweiser in eine moderne demokratische Gesellschaft, die allen Chancen für Wohlstand einräumt. Besonders schwer sind Individualismus und Liberalismus mit der russischen Idee zu versöhnen. Der einzelne ist nach russischer Tradition stets auf die Gemeinschaft bezogen, das gilt für den Normalmenschen ebenso wie für den Helden, Dichter oder Stoßarbeiter. Ihr herausragendes Tun ist nicht zuerst individuelle Leistung, sondern Tat für die Gemeinschaft und getragen von der Gemeinschaft. Auch das individuelle Versagen wird gemildert, weil es von der Gemeinschaft aufgefangen wird. Zu den Grundpostulaten des Liberalismus gehört die Überzeugung, daß es staatsfreie und gemeinschaftsfreie Räume geben muß und daß autoritäre Formen der Herrschaft in einer modernen Gesellschaft ineffizient und konterproduktiv sind. Aus dem Blickwinkel der russischen Idee erscheint der Liberalismus als eine Variante der politischen Anarchie, moralischen Haltlosigkeit und als inhaltsleerer Formalismus.

So steht am Ende das Fazit, daß die russische Idee die dringenden Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht lösen kann. Sie gibt keine eindeutige Antwort auf die Frage, ob Rußland auf dem Weg zu einer liberalen Demokratie und einer offenen Gesellschaft ist oder sich in Richtung auf ein autoritäres, nationalpatriotisches Regime entwickelt mit aggressiven Zügen nach innen und außen.⁵⁵ Die Frage nach einer neuen politischen Identität Rußlands ist nicht beantwortet.

Der russische Patriotismus konserviert in zahlreichen Fällen unhaltbare Ansprüche. Er vermag sie nicht mit den neuen Realitäten zu versöhnen. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß diese Einsicht in Rußland an Boden gewinnt, weil das Land "in erheblichem Umfang seine Rolle als großes geopolitisches Zentrum verloren hat, und nicht in der Lage ist, entscheidenden Einfluß auf die internationale Beziehungen... selbst seiner unmittelbaren Nachbarn auszuüben". Hierin sehen die "Atlantiker" in Rußland geradezu die Voraussetzung für "die Strategie der Annäherung an die entwickelten Demokratien westlichen Typs" und für die "Überwindung der Rudimente des archaisch-traditionalistischen, imperial-kommunistischen Bewußtseins in ...der rußländischen Gesellschaft".⁵⁶ Weil und solange dies jedoch eine eindeutige Minderheitenmeinung ist, bleibt es ebenso denkbar, daß Rußland auf dem Weg einer autoritären Präsidialherrschaft voranschreitet, und so für den Westen nicht integrierbar ist, selbst jedoch auch nicht in der Lage, den postsowjetischen Raum neu zu integrieren.

⁵⁴ G. Stricker, Bischofssynode in Moskau, in: Glaube in der 2. Welt, 1997, Nr. 3, S. 7.

⁵⁵ Ähnlich: A. Migranjan, *Rossija v poiskach identičnosti*, in: *Izvestija*, 31.1.1997.

⁵⁶ K. Borovoj, *Buduščee rossijskogo dialoga s NATO*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 28.5.1997.

Gerhard Simon

Russia in Search of Its Political Identity

Visions and Realities

Bericht des BIOst Nr. 33/1997

Summary

Introductory Remarks

Is the Russian state that came into being in 1991 a mini-Soviet Union or a much-diminished version of the pre-1917 Russian empire? Or, on the contrary, is this Russia something new, with a fundamentally changed image of itself? A state with new goals and a new role to play in international politics? In the way people think and feel inside Russia continuity is the pre-dominating motif and the international community reinforces this perception. The objective statement that the Russian Federation is no longer a superpower either in political, economic or military terms is compensated for to some extent by the subjective idea that the country is preserving and carrying on a thousand years of history that began at the time of the Kievan state. The rupture of 1991 is thereby glossed over.

This report examines the problems of political identity, i.e., the way in which a state and nation perceive themselves. How does Russia see itself in the continuum of its history and what implications does this have for the future? Particular attention is devoted to the question of whether and in what way continuity constitutes an obstacle to coming to terms with reality.

Findings

1. Russia is a state without a state concept – or to use the term borrowed by the Russians from the communist-era mode of thinking – it is in search of a "new state ideology." Reformers and conservatives, democrats and communists alike all agree that Russia's image of itself has been deeply shaken and that catchwords like democracy and the market are not sufficient to define the paths and goals of the future. Following his re-election in the summer of 1996 Yeltsin called for the formulation of a new national ideology that would "weld the nation together."
2. Public debates and in particular election campaigns in Russia often created the impression that Russian society is split between reformers and reactionaries, between "reds" and "whites." In reality, however, a consensus has emerged since 1992 that unites the major political camps with regard to the most important issues. The "party of power" around Yeltsin and Chernomyrdin has, by way of concessions, achieved reconciliation with the com-

munists and radical nationalist forces, that have retreated from their political goal of restoring the Soviet Union and the old communist order.

The resulting patriotic consensus is based on the assumption that Russia is currently going through a period of weakness but will return to its historically determined role as a Great or World Power. Geopolitical factors, in particular the size of Russia's territory and its wealth of natural resources, are used to underpin this theory of a Russian revival. Against this background the patriotic consensus regards the dissolution of the USSR as a misfortune or accident of history, if not indeed – as some communists and radical nationalists would have it – a betrayal of the fatherland. The demise of the Soviet Union is regarded not as an opportunity to make a new start but, on the contrary, as a loss, the consequences of which should be contained as far as possible. Accordingly, the patriotic consensus favours reintegration under Russian leadership of the post-Soviet area as a political, economic and security entity that would assume the form of a new confederation or federation of the CIS states.

3. The patriotic consensus argues that Russia is a civilisation in its own right that, despite its connections with Europe, cannot and will not thrive in the West. On account of its different historical traditions Russia must continue to follow its own unique path. It cannot adopt either the structure of Western political institutions or all the principles of a market economy from the West, because these are contrary to its own political culture, which is characterised by a strong centre of power, a patriarchal state and the subordination of institutions to persons. As in the nineteenth century this sense of being separate from the West goes along with a feeling of superiority. Russia, so it is claimed, will show the West the way in meeting the new challenges of the twenty-first century – limiting consumption, declining natural resources, a new ecological orientation etc.

Russia is not seeking integration in European-Atlantic structures, because the patriotic consensus sees a danger therein of the country's being absorbed by the "single" Western world. Instead, Russia regards itself as the heart of its own Eurasian zone of integration.

4. The patriotic consensus is not seeking the restoration of the Soviet Union or of communist rule. Some central tenets of Leninism – such as revolution or atheism – have been thrown overboard even by the communists. Moreover, there is a broad public consensus that political freedom, freedom of the media and the possibility to travel abroad are indispensable precepts. In particular the desire for a more comfortable life style meets with general acceptance. The perception of a state under the rule of law, however, amounts to little more than demands for crime prevention and the maintenance of order by whatever means. And while the idea of Russia's being a Great or World Power meets with general approval, people are not prepared to make material sacrifices for imperial goals. In this respect changing values circumscribe revisionist political concepts.
5. While the political consensus has had a calming and consolidating effect internally, externally it has fuelled a number of latent or acute conflicts and generally damaged Russia's image abroad. The surprising degree of stability at the top of the state is due at least in part to the patriotic consensus. At the same time, however, the reform process has practically

come to a standstill under Chernomyrdin's government, which de facto has the character of a grand coalition. The need for continuity has reduced the pressure to act. Time will tell whether the government reshuffle of spring 1997 will give a boost to reform. Symptomatic for the political mentality was the amnesty granted by the Duma to the putschists of August 1991 and September/October 1993, despite the fact that the legal proceedings against them had not yet been completed. The idea that former leading functionaries and employees of the secret services should not be allowed to hold leading positions in a democratic Russia does not exist at all.

6. Certain foreign policy conflicts have acted as catalysts for the new patriotism and have thus assumed greater significance than they would otherwise have warranted. These include the dispute over the so-called "pillaged art treasures," NATO's enlargement and the conflict surrounding the city of Sevastopol. For years there has scarcely been another issue over which the two houses of parliament were in such unanimous agreement as the issue of returning (or not returning) cultural objects brought to the USSR during World War II. It is highly unlikely that these art treasures will be returned in the near future, because the patriotic consensus would not permit this to happen.

The resistance to NATO's enlargement gave rise to a hitherto almost unheard of degree of unity among the political class. The dispute was particularly conducive to the creation of a common front because it involved showing solidarity against a former, no longer dangerous enemy who, rather than countering Russia's negative rhetoric in kind, instead reacted with offers of co-operation. The "Sevastopol belongs to Russia" campaign reached a climax at the turn of the year 1996/1997 and united both the political class and broad sectors of the "people." In considering this conflict it should be borne in mind that even today Ukrainian independence is not accepted [by Russia] as lasting and permanent. In both cases – NATO's enlargement and the conflict over Sevastopol – Russia's political rhetoric considerably damaged its reputation and influence in both East Central Europe and in the CIS.

7. On a number of key issues there is considerable divergence between Russian *realpolitik* and political rhetoric. The reason for this is that the advocates of the new patriotism have in many cases adopted positions that are divorced from reality. Whereas the patriotic consensus would like the process of reintegration on the territory of the former USSR to proceed, and indeed expects this to happen, the former Soviet states are in fact moving further apart. Both with regard to NATO's enlargement and the conflict over Sevastopol patriotism espouses illusory goals.

Nevertheless, during the first half of 1997 the policies pursued in a number of important spheres have assumed a more pragmatic character. Contrary to earlier assurances that compensation was out of the question, Russia has now concluded fundamental agreements with NATO; and after years of delay it has signed a friendship and co-operation treaty with Ukraine. In relation with Belarus, too, pragmatists are gaining the upper hand: rather than becoming reunited the two states have concluded a confederation. In each of these instances the supporters of *realpolitik* had to fight against patriotic visions.

8. The crisis of political identity remains unresolved because the patriotic consensus has proved itself incapable of reconciling its demands and wishes with reality. It has yet to formulate a vision of the future that is fundamentally realistic in the way that the desire of the East Central Europeans for integration in European-Atlantic structures is.

Intellectually, the new Russian idea is derived from Slavophile thinking of the nineteenth century, while in political terms it emphasises continuity with the communist Soviet Union. As such it constitutes an obstacle to the creation of a modern, open and democratic society. The Russian idea idealises unity within the community, regards the individual first and foremost as a part of the community and is contemptuous of interests and conflicts, formalised procedures and the application of the same rules to everyone. It regards liberalism as a threat to homogeneity. The question of what path Russia will follow in the future therefore remains open. It may well eventually move towards liberal democracy and an open society along a roundabout route. But it may equally well go further down the road of authoritarian presidential rule with an aggressive stance towards the outside world. In this event, not only would the West find it impossible to integrate such a Russia, but Russia itself would be unable to bring about the reintegration of the post-Soviet area.